

Dresdener Volkszeitung

Hofbuchdruck Dresden
Kaben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Edm. Ernstmann, Dresden,
Haupt-Vertrieb: Ansehliche
und Besam, K.-O., Dresden,
Gedruckter Kasten, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilbrüngen nachstehender Art, ist es auch ohne diese Beschriftung des Blattes, bei der Besichtigung des Blattes, auf die Besichtigung der Beschriftung der Beschriftung.

Verantwortlich für den Inhalt: ...
Telegraphische Adressen: ...

Verantwortlich für den Inhalt: ...
Telegraphische Adressen: ...

Verantwortlich für den Inhalt: ...
Telegraphische Adressen: ...

Nr. 273

Dresden, Dienstag, den 24. November 1931

42. Jahrgang

Nazismus in Rom

Wittgänge zum Heiligen Vater

Rom, 23. November. (Sig. Draht.) Die Versuche der Nationalsozialisten, mit dem Vatikan in bessere Beziehungen zu kommen, werden jetzt, nach dem ersten mißglückten Vorstoß des Hauptmanns Göring, fortgesetzt. Die Nazi-Partei unterhält neuerdings einen offiziellen Delegierten in Rom. Er soll gegenüber dem Vatikan bereits erklärt haben, daß Hitler gegenüber der katholischen Kirche loyal sei. Dafür soll vom Vatikan Soziallagen als Gegenleistung verlangt worden sein, daß die deutschen Bischöfe eine mildere Stellung als bisher gegenüber den Nationalsozialisten einnehmen und ihre bisherigen scharfen Erklärungen gegen die Nazis zurückziehen. Vorerst sollen diese Verhandlungen nicht von Erfolg begleitet gewesen sein. Der römische Delegierte der Nazi-Partei hofft im übrigen eine Verbindung mit der Forderung der faschistischen Partei. Angeblich hofft er, von den Faschisten ein Haus zu erhalten, in dem er die am Montag aus etwa 25 Zünglingen bestehende Auslandsgruppe der Nationalsozialisten unterbringen will. In Florenz, Mailand und anderen größeren Städten sollen ebenfalls Auslandsgruppen der Nazis gegründet werden.

Hitlers Freunde

In Südtirol wurden in der Allerheiligenwoche die Schulfinder von den Lehrern auf die Friedhöfe geführt, damit sie dort auf italienisch beten sollten. In Kallern in Südtirol hielt dazu der Amtsbürgermeister, ein Oberst Ranzoni, eine Ansprache, in der er die tiefe Heiligkeit der Italiener rühmte und dabei verächtlich über die „herrenschändlichen Schweine“ sprach. Das „österreichische Adonai“ Hitler wird auch vor dieser neuesten Äußerung seiner Freunde auf dem Punkte stehen.

Diese Verärgerung ist so heftig, daß die nationalen Vereinigungen Tirols den deutschen Nationalsozialisten das Reden untersagt haben.

Neumünster

Wb. Kiel, 23. November. Die polizeilichen Ermittlungen über die blutigen Zusammenstöße in Neumünster sind jetzt abgeschlossen worden. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben. Insgesamt sind gegen 23 Personen Haftbefehle erlassen worden. Die übrigen Beteiligten sind wieder entlassen worden. Entgegen anderslautenden Mitteilungen haben sich keine Hauptpunkte dafür ergeben, daß Reichsbannerangehörige an den Verfalls beteiligt waren. Es steht zu erwarten, daß die Angeklagten bereits am nächsten Montag in Neumünster zur Verhandlung kommen werden, während die Vorlage gegen den kommunistischen Führer Weigert, der unter Vorbehalt steht, vor dem Meier-Schwarzenicht verhandelt werden dürfte.

Bedenkliche Pläne

Sozialdemokraten bei Brüning

Am Montag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der eine Reihe von wirtschaftlichen Angelegenheiten standen, erbat Adm. Brüning das Wort, um, wie er sagte, diese erste sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an dem am Montag veröffentlichten Kommuniqué über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates zu benutzen. Brüning warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Regierung davor, daß sie in diesem Kommuniqué niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms mache. Er verwies dabei hauptsächlich auf die Forderung der Lohnsenkung und das Tarif- und Schlichtungsrecht. Während von der Preisentwertung nur in sehr allgemeinen Wendungen die Rede sei, werde die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Löhne und Gehälter mit bürren Worten als unumvermeidlich bezeichnet. Es werde bei weiteren Worten erklärt, daß der Grundgedanke der Tarifrechts erhalten bleiben müsse, aber es folgten dann Ankündigungen von Veränderungen, die tatsächlich das Tarifrecht unterminieren würden. Diese Forderung wurden

in der Arbeiterschaft große Beunruhigung

auslösen, und wenn die Regierung sie zur Grundlage einer neuen Arbeitsverordnung mache, würden Spannungen entstehen, die nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben könnten. Die Arbeiterschaft werde auf neue den Eindruck erhalten, als ob die Kosten der Wirtschaftskrise in der Hauptsache von ihr zu tragen seien.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald bemüht sich, die Befürchtungen der Sozialdemokraten zu entkräften. Man müsse die Ankündigung der Lohnsenkung im Zusammenhang mit der Erklärung lesen, daß Löhne und Löhne in Übereinstimmung miteinander gleichzeitig herabzusetzen seien, aber man werde um die Lohnreduzierung angeht, die durch die englische Pfundsenkung und die ausländischen Währungsänderungen bestimmten neuen Exporterlösen nicht herabzusetzen. Was das Tarifrecht anlangt, so sei das wesentlich, daß an seinem Grundgedanke nicht gerüttelt werde. Es handle sich nur darum, es mit Rücksicht auf örtliche, zeitliche und branchenmäßige Verhältnisse elastischer zu gestalten. Die Abgeordneten Brüning und Kaufhäuser stellten gegenüber den Erklärungen der Regierungsmitglieder fest, daß ihre Befürchtungen durch diese Erklärungen keineswegs zerstreut seien, und sie erzielten die Regierung nochmals mit allem Nachdruck, bei ihrer Besatzungspraxis mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psychologie der Arbeiterschaft zu nehmen. Eine endgültige Stellungnahme kann natürlich erst erfolgen, wenn die Pläne

des Kabinetts, das durch die Wünsche und Forderungen des Reichstags nicht gebunden ist, seine Initiative angenommen haben. Die eigentlichen Verhandlungen betreffen

Die Sicherung des Brotpreises und der Brotversorgung

Die Ausführung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invalidenversicherung gegen akute Zahlungsschwierigkeiten.

Durch Reichsgesetz vom 23. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen. Trotzdem ist in den letzten Monaten der Preis für den durchschnittlichen Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Reichsregierung getroffen worden wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Preis sich in Zukunft noch mehr erhöht, verlangte die Sozialdemokratische Fraktion Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen. Nach längerer Auseinandersetzung mit dem Reichsminister Schiele sagte die Reichsregierung verbindend zu, daß die Brotkaufsel nach ihrem Wortlaut durchgeführt, der frühere Preis wiederhergestellt werden soll und außerdem durch eine Verbilligung der Rastermittel die Verfütterung des Roggens vermieden werden soll. Hiervon verlangten die sozialdemokratischen Vertreter Kaufhäuser, Herk und Giffenberg Auskunft über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über

eine zusätzliche Winterhilfe

getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gegenden abgeschlossenen Verhandlungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozialdemokratischen Vertretern für nicht ausreichend erklärt; sie verlangten vielmehr auf neue eine obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine Verbilligung von Mehl für Erwerbslose um 30 Pf. pro Pfund verabfolgt.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erörtert und dargelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor unmittelbaren Zahlungsschwierigkeiten stehen. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notwendigen Anstalten ermöglicht, die Reichsschatkasseneinlagen, die der Invalidenversicherung im Vorjahre ausgesetzt worden waren, mit Hilfe des Reiches, soweit erforderlich, flüssig machen zu können. Der Reichsfinanzminister sagte seine Mitwirkung bei der Behebung der bestehenden Kassenschwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu. Mit dem Ergebnis der Verhandlungen wird sich der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag beschäftigen.

Was will Brüning?

Der Widerstand der Gewerkschaften

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Regierung hat die Auseinandersetzungen im Wirtschaftsbeirat, in acht Zeitsähen zusammengefaßt, am Montag veröffentlicht. Man darf diese Zeitsähe nicht so beurteilen, als ob sie die einmütige Zustimmung des Wirtschaftsbeirates gefunden hätten. Der Regierung war sicherlich viel daran gelegen, Einmütigkeit zu erzielen. Das ist nicht gelungen und konnte nicht gelingen.

Die Zeitsähe enthalten vieles, was die Vertreter der Gewerkschaften gebilligt haben; zum Teil sind wichtige Vorschläge auf die Initiative der Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. Das gilt z. B. für die Wiltderung der Deflationpolitik, für die Angleichung der landwirtschaftlichen Produzentenpreise an die Konsumentenpreise, für die Ablehnung jeglicher Inflation, für die Senkung der Zinsen, der Preise usw. Das sind Programmpunkte, die auch von den Gewerkschaften immer wieder gefordert worden sind.

Streitpunkt ist die Senkung der Löhne und Gehälter. Die Regierung versichert immer wieder, Löhne und Preise zugleich senken zu wollen, um eine Schrumpfung der Kaufkraft zu verhüten. Das liegt zweifellos auch auf der Linie des angekündigten Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, das nach dem Wort des Reichspräsidenten „fajzial gerecht“ und „wirtschaftlich wirksam“ sein soll. Wer gibt aber den Gewerkschaften in dem Prozeß, den die Regierung mit ihrer bevorstehenden Notverordnung einleiten will, die Garantie, daß die Reallohne unangetastet bleiben? Oder die andere Garantie, daß in mer nach den Worten des Reichspräsidenten verfahren wird? Schließlich wird die Regierung Brüning nicht ewig bleiben, und eine andere Regierung könnte z. B. aus Änderungen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens Waffen schmieden, die der Arbeiterschaft eines Tages arg bekommen könnten.

Das war sicherlich die eine Ueberlegung, die den Gewerkschaftsvertreter Graßmann in der Sonntagssitzung des Wirtschaftsbeirates zu der Erklärung bestimmte hat, daß

Hinter verschlossenen Türen

Hartes Urteil wegen angeblichen Landesberrats

Auf Leipzig wird uns berichtet: Der Miterausgeber der Zeitschrift Die Weltbühne, Karl von Ossietzky, und der Schriftsteller Walter Kreiser aus Berlin hatten sich in dreitägiger Verhandlung wegen angeblichen Landesberrats vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Anfang 1929 erschien in der Weltbühne ein Artikel, überschrieben „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“. Der Artikel übte Kritik an der Verkehrsministerin der deutschen Luftfahrt. Der Angeklagte Kreiser war früher Mitglied der SPD, und Mitgründer des Flugverbandes der Werkstätten, Sturmbojen. Der Angeklagte Ossietzky ist Verleger und Herausgeber der Weltbühne. Die beiden Angeklagten wollen in diesem Artikel nur Kritik an deutschen Luftfahrtetat geübt haben, jedoch eines Verbrechens des Landesberrats fühlen sie sich nicht schuldig, denn es müßte der Presse erlaubt sein, Kritik an den einzelnen Staats der Reichsregierung zu üben.

Der Verhandlung wohnten mehrere Sachverständige des Reichswehramtministeriums bei, und sie fand hinter verschlossenen Türen statt. Es war allen Prozeßbeteiligten strengste Schweigepflicht auferlegt worden. Der Prozeß endete mit folgendem unerhörtem Urteil:

Ossietzky und Kreiser werden wegen Verbrechens nach § 1 Abs. 3 des Spionagegesetzes (Verrat militärischer Geheimnisse) zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach der Urteilsverkündung wurde der Saal wieder geräumt und der Vorsitzende gab die Begründung in nicht-öffentlicher Sitzung. Dieses harte Urteil gegen zwei Nazifisten, die in der Presse etatkritische Gesichtspunkte geltend machten, wird das größte Aufsehen erregen und noch ein Nachspiel im Reichstage haben.

Der Eindruck im Ausland

Das Berliner Tageblatt schreibt zu dem Urteil: Was Kasten Chamberlain von der Strafverfolgung des Mannes gesagt hat, der über den Weckauer Stahlmausmarkt berichtet hatte, das gilt noch mehr für die Strafverfolgung und Verurteilung Ossietzky's. Dieses und anderes, schrieb der frühere englische Außenminister an die Times, könnte nicht besser ausgedrückt werden, wenn der angesprochene Joes dabei wäre, das Wort zu Deutschland's Ehrelichkeit zu sprechen. Weil diese Worte richtig sind, darum ist das Urteil des vierten Strafsenats nicht nur im Interesse der Pressefreiheit und der demokratischen Kontrolle, insbesondere der Weckauer, sondern noch weil mehr im außenpolitischen Interesse zu beurteilen. In zwei Monaten soll in Genf die Weckauerkommission beginnen. Welche Unvernunft, in diesem Augenblick den Eindruck zu erwecken, als müßte Deutschland mit Hilfe von Schiedsgerichten militärische Geheimnisse verbergen!



K. von Ossietzky

W. Kreiser

Das Ergebnis der Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht befriedigen könnte. Dieser Erklärung haben die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften zustimmend beigefügt. Des anderen sind die Forderungen der Gewerkschaften auf eine gesetzliche Regelung der 40-Stundenwoche enttäuscht worden.

Die Reichsregierung hat in ihren Richtlinien zugleich Gelegenheit genommen, das Ziel ihres wirtschaftspolitischen Strahles näher zu umreißen. Sie spricht von einer Anpassung der deutschen Verhältnisse an die durch Währungsveränderungen und andere Gründe bedingten Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt.

Sie will dadurch Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten vermeiden und arbeitet so das Ziel heraus, das Niveau der deutschen Lebenshaltungskosten zu senken. Sie will sozial gerecht bleiben. Deshalb sollen, wie es in ihren Richtlinien heißt, unter Forderung der Bindungen, die für Preise und Löhne bestehen, Preise und Löhne in Uebereinstimmung miteinander gleichzeitig herabgesetzt werden.

Sie sind überzeugt, daß man auf dem Gebiet der Arbeit- und Monatslöhne, angefangen beim Eisen und bei der Wolle bis zum Getreide und der Straßenbahn, der Mehl- und der Warenmarkt, vieles tun kann, wenn man will. Wir sind überzeugt, daß das die Wirtschaft beleben und anregen wird; auch Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten werden sich einstellen.

Zugung des Bundesausschusses des NSDAP.

Berlin, 24. November. (Fig. Funk.) Der Bundesausschuss des NSDAP ist für Mittwoch nach Berlin einberufen. Er wird sich in erster Linie mit den neuen Lohn- und wirtschaftspolitischen Verfügungen der Reichsregierung befassen.

Entin unter Naziherrschaft

Entin, 23. November. (Fig. Draht.) Der Bürgermeister von Entin hat jetzt entsprechend den Forderungen der Nationalsozialisten den Verkauf Entins durch auswärtige Reichsbannerleute verboten. Selbstverständlich hatte er nichts dagegen einzuwenden, daß zu der letzten Kundgebung der Nationalsozialisten ungefähr 7000 Nazis auf Volkswagen nach Entin gebracht wurden.

Die offenkundige Unterwerfung der Stadtverwaltung unter den Naziterror hat begründlicherweise zu einer Emigration in der Bevölkerung geführt. Sie wird gesteigert durch weitere Terrormaßnahmen gegen Arbeitnehmer. So wurde neuerdings auf einer Straße in der Domäne ein der SPD angehörender Oberkonditor ausgetreten, weil ihm angedroht worden war, daß man ihn andernfalls sofort entlassen würde.

Zugung des Reichstagsrats

Berlin, 24. Nov. (Fig. Funk.) Der Reichstagsrat des Reichstags ist auf nächsten Donnerstag einberufen worden. Er wird sich mit Rücksicht auf das Fernbleiben der Nationalsozialisten u. a. mit der anderseitigen Verteilung der Ausschüsse auf die anderen Parteien befassen. Ferner soll der Reichstagsrat auf Anregungen über eine Herabsetzung der Diäten für die Abgeordneten Stellung nehmen.

Die Steuerpläne der Reichsregierung

D. Berlin, 24. Nov. (Fig. Funk.)

Der Reichsfinanzminister wird im Verlauf des heutigen Vormittags im Haushaltsausschuß des Reichstags über die finanzielle Lage von Reich, Ländern und Gemeinden eine Erklärung abgeben. In unterrichteten Kreisen verläutet, daß die Reichsregierung zur Ausbalancierung der Staats nicht nur die Erhöhung der Umsatzsteuer, sondern auch die Wiedereinführung der Kapitalertragssteuer, ohne Anrechnung auf die Einkommensteuer, erwägt. Die Umsatzsteuer soll angeblich von 0,85 Prozent auf 2 Prozent erhöht werden.

Bestrafte Verschwörer

H. Madrid, 24. November. (Fig. Funk.)

Die Regierung ordnete gegen zahlreiche monarchistische Verschwörer strenge Strafmaßnahmen an. Drei wurden nach Fernando Po verbannt. Sechs vier Offiziere wurden Verbannungsurteile von fünf Monaten verhängt, die innerhalb Spaniens verbüßt werden sollen. Sechs

Die Kriegsgefahr im Fernen Osten

H. F. Mit größter Sorge und tiefstem Ernst werden alle Kulturmenschen der Erde die Ereignisse verfolgen, die sich jetzt in der Mandchurei abspielen. Die Weltöffentlichkeit, die den Fall abgesehen hat, hat den Eindruck, daß es sich da um eine lokale Angelegenheit handle, die man sich selbst überlassen müsse, können nicht mehr überzeugen. Sie waren von vornherein verfehlt, denn der Konflikt zwischen Japan und China hat weltwirtschaftliche und weltpolitische Hintergründe.

Aber auch die anderen Länder. Seit fast hundert Jahren, seit dem Opiumkrieg von 1840/42, bei dem es unter kulturellen Vorzeichen schon um kapitalistische Interessen ging, war das Reich der Mitte Objekt kapitalistisch-imperialistischer Spekulationen. Von dem Projekt einer Aufteilung Chinas wurde jahrzehntelang gesprochen. Und die mit der Zeit den industriellen Hochzeiten gewährten „Koncessionen“ waren geeignet, eine beratige Auffassung vom natürlichen Lauf der Dinge nur zu bekräftigen.

Diese Zeiten sind vorbei. Das chinesische Volk ist erwacht. Die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit des großen Reiches ist heute so gut wie sichergestellt. Die Periode der Kämpfe der chinesischen Generale gegeneinander dürfte im wesentlichen auch überwunden sein. Dinter ihnen heften mehr oder weniger die Interessen der in China angesiedelten kapitalistischen „Koncessionäre“. Dieser „Bürgerkrieg“ war ihre letzte, nun getrennte Hoffnung.

Personen wurden zu längerem Zwangsarbeitsdienst innerhalb des Landes verurteilt. Alle übrigen unter dem Verdacht monarchistischer Propaganda verhafteten Personen erhielten Geldstrafen bis zu 2000 M.

Die Wahl des spanischen Staatspräsidenten wird aller Voraussicht nach am 10. Dezember stattfinden. Man hofft, daß die Verfassung der spanischen Republik bis dahin verabschiedet ist. Einziger Kandidat für die Staatspräsidentenschaft ist Alcala Zamora.

Berhalterter Staatspräsident. Aus Paris wird gemeldet: Der frühere Präsident der „Colonialbank für Studien und gegenwertige Unternehmungen“ Promont-Guiney und gegenwertige Unternehmungen. Heber die Bank, die ein ist am Montag verhaftet worden. Heber die Bank, die ein ist am Montag verhaftet worden.

Boilerhöhung in Frankreich. Der Haushaltsausschuß der französischen Kammer hat der Erhöhung der Einfuhrsteuer zugestimmt. Der Beschluß bedeutet eine wesentliche Erhöhung der französischen Zölle. Die Einfuhrsteuer für Fertigwaren wird von 2 auf 6 Prozent erhöht und die für Rohstoffe von 2 auf 4 Prozent. Die Regierung erwartet von dieser Erhöhung eine Mehreinnahme von 400 Millionen Franc.

Weltgeschichte. Mit der politischen ist die wirtschaftliche Selbständigkeit gegeben. Die Ansicht auf koloniale Ausbeutung und Aufteilung der Welt ist für immer dahin. Die für den Kapitalismus andere Länder ist für immer dahin. Die Entwicklung wird rasche sein, sobald die Verhältnisse im Innern stabilisiert sind.

Am unmittelbarsten wird Japan von dieser Entwicklung bedroht. Japan und China sind in mehr als einer Hinsicht Rivale. Japan hat einen ganz modernen, erstklassigen Militarismus. Zur Zeit der Generalstreike hatte es bereits eine Armee von fünfzigtausend Mann in China. Natürlich nur zur „Wahrung seiner Interessen“.

So gesehen, hat der fernöstliche Konflikt viel weniger lokale, er kann weltgeschichtliche Bedeutung erlangen. Japan weigert sich, den Vereinbarungen des Kriegsschlichtungspaktes, den es mit unterschrieben, zu entsprechen. Entscheidend sind letzten Endes die wirtschaftlichen und politischen Interessen. Eben deshalb ist dieser Konflikt so gefährlich und nachteilig.

Japan soll räumen

Chinesische Anzuerkennung

P. Paris, 23. November. (Fig. Draht.)

Der chinesische Vertreter Tse hat dem Völkerbund im Auftrage seiner Regierung ein Memorandum über die Vorschläge betreffend die Erneuerung der Studienkommission überreicht. Darin heißt es, daß eine Unterredung, die nicht von Maßnahmen begleitet ist, die zu gleicher Zeit ein sofortiges Aufheben der Feindseligkeiten und den Rückzug der japanischen Truppen gewährleisten, von China nur als ein Hindernis angesehen werden würde, das es erlaube, die unredliche Besetzung chinesischen Gebietes zu dulden und während eines unbestimmten Zeitraumes zu verlagern.

Die Stimmung in Ostpreußen ist nach Heberreichung des chinesischen Memorandums über die Studienkommission wieder pessimistischer geworden. China ist fest entschlossen, den Entschuldigungsvertrag über die Schaffung einer Kommission nur anzunehmen, wenn in ihm deutlich zum Ausdruck gebracht wird, daß Japan sofort mit der Räumung der besetzten Gebiete einverstanden ist. Der chinesische Delegierte Tse hat dies in einer längeren Unterredung, die er am Montag abends mit Brandt, nachdem beide den Reichspräsidenten dringend gebittet, erklärt, er wolle den Entschuldigungsvertrag seiner Regierung unterbreiten. Er sei sich aber schon im voraus über die Antwort seiner Regierung klar. Auch in der Mitteilung am Montag protestierten mehrere Delegierte gegen die japanische Forderung, die Räumung der besetzten Gebiete und das Aufheben der Feindseligkeiten nicht mit der Schaffung der Kommission in Verbindung zu bringen.

Advertisement for German exports to England in 1930. It features a central graphic with the word 'ZOLL' (Duty) and lists various categories of goods and their respective duty rates. Categories include Textiles, Leather, Machines, Metals, Paper, and more. The total duty for all goods is listed as 1219 million.

Zur Sperrung des englischen Marktes

Deutschlands Ausfuhr nach England im Jahre 1930.

Von der geplanten Einfuhr solcher Güter auf alle nach England eingeführten Waren wird Deutschland besonders schwer betroffen. Bereits jetzt sind auf eine ganze Reihe von Metall- und Textilwaren Zölle bis zu 50 Proz. gelegt worden.

Fragmentary text from the adjacent page on the right, including words like 'Dienstag, den', 'Vor einig', 'Frau', 'Sie und ihre', 'Sogar die', 'höheren', 'Der', 'Das', 'Ein', 'Tadel', 'als wäre', 'Ein junger', 'Korru', 'Auf Veran', 'Der', '19 000', 'dieser', 'Girma', 'gelegten', 'Schwierig', 'gegangen', 'Meidigkeit', 'Druiden', 'Voraussetzung', 'tragen', 'schen', 'in', 'ihre', 'habt', 'zu', 'die', 'Ragat', 'und', 'in', 'wird', 'schändlich', 'hängig', 'gegen', 'nationale', 'nang', 'der', 'Ni', 'der', 'behörde', 'Stand', 'Am', 'Familie', 'ein', 'der', 'Zor', 'malie', 'hand', 'das', 'Re', 'die', 'nicht', 'möglich', 'über', 'Im', 'über', 'seiner', 'In', 'wird', 'ihres', 'lieblich', 'hätten', 'weg', 'seine', 'sprachen'.

Wie Matteottis Witwe lebt

Ein mißglückter Befreiungsversuch

Nur einiger Zeit warnte ein italienischer Polizeibeamter Frau Felia Matteotti davon, eine Reise zur Gruft ihres Mannes zu unternehmen, mit der Bemerkung, sie solle an ihre Kinder denken. Die Polizei könne sie das Leben kosten. Die Frau gab damals die folgende Antwort: „Die Kinder Matteotti werden nie Weisen sein“, und reiste an das Grab.

In diesen Worten lag die Zuversicht, daß die Anhänger der Idee, für die Matteotti gestorben ist, über seinen Kindern wachen, sie nicht verwaist dem Feinde überlassen würden. Wenn man nun aber weiß, wie Matteottis Kinder in Italien heute leben, dann muß man mit Bitterkeit feststellen, daß der Witwe Glauben getrogen hat.

Unter polizeilicher Bewachung

Frau Matteotti führt in Rom ein Leben völliger Einsamkeit. Wohl hat sie die ihr polizeilich gestellte Zumutung, ihre Mitbewohner abzulehnen, zurückgewiesen. Aber jede Berührung mit der Welt, in der ihr Mann lebte, ist ihr unmöglich gemacht. Die stamphöflichen Matteotti sind im Zuchthaus, in der Zwangserziehung oder im Exil.

Sie und ihre Kinder leben unter strengster polizeilicher Bewachung; sie können keinen Schritt außer dem Hause tun, ohne daß ein Polizist hinter ihnen herläuft. Vor dem Hause wird Tag und Nacht Wache gehalten. Wer sie besuchen will, muß auf die Wache geführt und muß dort Namen, Abstammung, Aufenthaltsort, Grund des Besuchs usw. angeben.

Sogar die Leute, die Familien besuchen wollen, die in den höheren Stockwerken des Hauses wohnen, werden von einem Polizisten die Treppe hinaufbegleitet, damit sie nicht etwa heimlich zu Matteotti gehen. Dabei wohnen in dem Hause nur Polizisten, von denen noch jeder auf eigene Faust Spionage treibt.

Der Name Matteotti ist verboten!

Das Leben wird dabei wirklich zur Hölle. Den drei Kindern ist es verboten, die Schule zu besuchen, weil ihr bisheriger Name staatsgefährlich ist. Erst in diesem Jahre hat man dem ältesten Knaben erlaubt, ins Gymnasium zu gehen.

Ein Polizist begleitet das Kind zur Schule, wartet draußen während des Unterrichts und begleitet es dann nach Hause.

Dabei trägt dieser älteste Sohn von Giacomo Matteotti in der Schule nicht den Familiennamen seines Vaters, sondern den seiner Mutter; er wird Francesco Tito genannt.

als wäre er ein uneheliches Kind. Man zwingt diesen Knaben, dem der Faschismus den Vater ermordet hat, faschistische Hymnen zu singen und das Bild des Aufstiegs der Mäcker köstlich zu grüßen.

Ein Befreiungsversuch ...

Ein junger italienischer Arzt, aus demselben Orte wie Matteotti gebürtig, wollte in diesem Frühjahr Frau Felia Matteotti

und die Kinder aus dieser Gefangenschaft befreien und ins Ausland bringen. Die Kinder sollten leben wie andere Kinder, nicht behindert durch den Tod und Gefahr, sollten nicht auf Schritt und Tritt daran erinnert werden, daß man ihnen den Vater ermordet hatte, und daß sie hüßig lieb, als nie verjährte Anklage gegen das Regime auf der Welt zu sein.

Dieser Arzt — einer der Gelehrten, der seinerzeit den Kampf mit den Faschisten in die Gruft von Pratta Polcevera getragen hat — arbeitete seit drei Jahren an Kliniken im Ausland, weil er in Italien wegen seines politischen Bekenntnisses nicht arbeiten durfte; bei Sauerbruch in Berlin, Giffelsberg in Wien und Degeun in Paris genoss er die Sympathie seiner Lehrer. Ihm schien eine glänzende Zukunft zu winken. Aber die praktischen Vorteile dieser Zukunft löstten ihn nicht. Er dachte an die Witwe seines geliebten Freundes, die ein Leben führte wie im Kerker. Und er dachte an die Kinder ins Ausland zu bringen. Er ist politisch zwar für die Faschisten unangenehm, aber nicht verächtlich, hat den Krieg als Freiwilliger bei den Alpenjägern mitgemacht und mehrere Auszeichnungen und eine zehnjährige Schuler nach Hause gebracht, beschloß einen glühigen Weg — warum sollte er es nicht wagen, sich der in Haft gehaltenen Frau zu nähern?

... endet im Kerker

Ende Februar überschreitet er die italienische Grenze. Dann fehlt jede Nachricht von ihm. Ist er verhaftet? Ist er tot? Erst Ende März erfahren seine Angehörigen, daß er in Rom im Gefängnis ist und dem Ausnahmegericht überantwortet werden soll. Seitdem sind 8 Monate vergangen. Der Mann hat mit keinem Verteidiger gesprochen, weiß noch heute nicht, wessen er angeklagt ist. Aber vor das Ausnahmegericht kommt man nur wegen Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates!

Es ist bekannt, mit welcher Brut das Ausnahmegericht gerade über die antifaschistischen Intellektuellen herfällt. Wenn bürgerlich-demokratischer Propaganda haben die Schriftsteller Vinciguerra und Steno je 15 Jahre Zuchthaus bekommen, wegen Verstoßes zum Kommunismus der junge Ingenieur Rossi Doria 16 Jahre. Wessen wird man diesen Arzt beschuldigen, um ihn verurteilen zu können? Er hat vier Menschen, die mit einer ungeheuren Schuldlast auf die Menschheit blicken, an einer Luft, in der sie nicht atmen können, ins Exil treiben wollen. Er wollte nicht ein Verbrechen begehen, sondern einem Verbrechen ein Ende setzen. Die Witwe Matteotti ist längst nicht nur eine italienische Angehörige; sie ist eine Sache der ganzen Welt geworden. Die Menschheit, die internationale Arbeiterschaft voran, muß empört aufstehen: Man will in Rom jemand auf die Anklagebank und ins Zuchthaus schießen, der im Auftrag der Menschlichkeit tun wollte, was langst zu tun Pflicht war.

Letzte Nachrichten

Der Kampf geht weiter

Ablehnung des Röhner-Schiedspruchs

8. Köln, 24. November. (Sig. Funk.) Vor dem Schlichter für das Rheinland fanden am Montag Verhandlungen über den Schiedspruch für die Röhner-Werke, der einen Lohnabbau von 9,6 Prozent vorsieht. Seitdem kam zu einer Verständigung mit dem Christlichen Metallarbeiterverband dahin, daß für den Monat November der alte Lohn weitergezahlt werden und vom 1. Dezember an der Schiedspruch in Kraft treten soll. Der Deutsche Metallarbeiterverband nahm zu dieser Vereinbarung in einer Versammlung am Montag Abend Stellung. Hier wurde diese Vereinbarung einstimmig abgelehnt.

Damit sind die Verhandlungen gescheitert, der Kampf geht weiter. Heute morgen hat keiner der 1400 ausländischen Arbeiter, auch kein Christlicher, die Arbeit wieder aufgenommen.

Abkehr von der 5-Tage-Woche?

mit Moskau, 24. November. Der Kommissarerrat der Sowjetunion hat ein Dekret erlassen, monoch gewissen Betrieben zur Befreiung bei der Durchführung der ununterbrochenen Woche einwandbarer Mängel erlaubt wird, vom 1. Dezember an zeitweilig auf unterbrochener 5-Tage-Tageweche überzugehen. Als gemeinsamer Ruhetag wird der 6., 12., 18., 24. und 30. jedes Monats festgelegt. Gleichzeitig wird der Arbeitszeit in diesen Betrieben von 655 auf 6 Stunden vergrößert.

Rückkehr der deutschen Himalayaexpedition

München, 24. November. Die vier Mitglieder der deutschen Himalayaexpedition, Dr. Bauer-Rabburg, Hartmann, Dr. Wien und Zandt, sind heute morgen, von Italien kommend, hier eingetroffen. Dr. A. L. Weiler, München, war bereits früher zurückgekehrt. Die Expedition hatte den 9. Versuch zur Besteigung des Mandakara im Himalaya unternommen. In einer Höhe von 7500 Meter wurde die Expedition durch eine unbewegbare Eiswand am weiteren Vordringen gehindert.

Zur Begrüßung der Verabschiedeten hatte sich am Münchener Bahnhof eine große Zahl von Freunden eingefunden. Der Führer der Expedition, Dr. Bauer-Rabburg, erklärte, daß auch die letzte Eiswand des Mandakara einmal überwunden werden kann, wenn man zu einer Zeit an sie geht, da sie hart verwittert ist.

Explosion in einem französischen Fort

Paris, 24. November. In dem alten Fort St. Catherine von Toulon ereigneten sich gestern Abend zwei Explosionen. Zwei verdächtige Personen wurden festgenommen; sie sollen zwei Cheddipatronen angelegt und zur Explosion gebracht haben. Es wurde nur Sachschaden angerichtet.

Berliner Produktendörse vom 23. November

21. 11.	23. 11.	21. 11.	23. 11.
(ab märkische Station in West)	(ab märkische Station in Ost)		
Weizen 227—230 227—230	Weizenmehl	28,50-32,50	28,50-32,50
Blowen 200—201 201—208	Roggenmehl	27,15-29,50	27,15-29,50
Strawpferde ... 166—176 168—175	Weizenkleie 10,50—11,00	10,50-11,00	10,50-11,00
Wasser u. Zucker	Blau anfeile 10,50-11,00	10,50-11,00	10,50-11,00
Wasser u. Zucker	Blau anfeile 10,50-11,00	10,50-11,00	10,50-11,00

Handelrechtliche Stielungsberichte am 24. November. Weizen Dezember 208½, Weizen 241—240½, Weizen 247½, 250½ bis 26½. — Haaren Dezember 208½—208 (211½—210), Weizen 218½ bis 218 (215) Weizen. — Hafer Dezember 160 (163½—162), Weizen 169 bis 17 (17½).

Wasserstände der Eger, Elbe und Moldau

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand

Dresdner Kalender Theater am 25. November

Opernhaus

19.30 **Die Schöne Müllerin** (Singspiel von Franz Schubert) in einer Fassung von Otto Nicolai. Regie: Hans Seltmann. Besetzung: Maria Janda, Hans Seltmann, Hans Seltmann, Hans Seltmann.

Schauspielhaus

19.30 **Die Schöne Müllerin** (Singspiel von Franz Schubert) in einer Fassung von Otto Nicolai. Regie: Hans Seltmann. Besetzung: Maria Janda, Hans Seltmann, Hans Seltmann, Hans Seltmann.

Centraltheater

19.30 **Die Schöne Müllerin** (Singspiel von Franz Schubert) in einer Fassung von Otto Nicolai. Regie: Hans Seltmann. Besetzung: Maria Janda, Hans Seltmann, Hans Seltmann, Hans Seltmann.

Städtisches Planetarium

19.30 **Die Schöne Müllerin** (Singspiel von Franz Schubert) in einer Fassung von Otto Nicolai. Regie: Hans Seltmann. Besetzung: Maria Janda, Hans Seltmann, Hans Seltmann, Hans Seltmann.

Korruptionskandal in Potsdam

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Potsdam wurden der Baumeister Friedrich und der frühere Bauherr Gerhardt vom Potsdamer Tiefbauamt verhaftet; mit weiteren Festnahmen wird gerechnet werden. Die beiden Männer haben von der Tiefbauverwaltung in Potsdam etwa 18000 Mark an Bestechungsgeldern erhalten und dafür dieser Firma Bauarbeiten übertragen, obwohl von anderen Bauunternehmern günstigere Angebote vorgelegen haben sollten. Die Firma Tiefbau hat nun in einer dem Finanzamt Potsdam vorgelegten Steuererklärung noch weitere 120000 Mark als „Bestechungsgeld“ angegeben; in Wirklichkeit scheint es sich auch hier um Bestechungsgeld zu handeln, von denen etwa die Hälfte nach Potsdam gelangt sein dürfte, zu handeln.

Gleichzeitig wird bekannt, daß in Potsdam ein Verein „Dresdener Genossenschaft“ bestand, dessen Mitglieder (vor allem Bauunternehmer und Baubeamte) sich bei der Verteilung von Aufträgen gegenseitig begünstigten. Besonders beim Bau des städtischen Krematoriums und bei der Restaurierung der Festungskirche in Potsdam sollen die beteiligten Handwerker bei der Vergabe ihrer Aufträge hohen Rechnungen fernerlei Schwierigkeiten gehabt haben. Ferner sind beim Schützenhausneubau in Wald-Potsdam, zu dessen Durchführung der Potsdamer Magistrat Geber an die Schützenhilfe ließ, sowie bei der Verschönerung des Magistrate vorerst die goldene Amtskette, die silbernen Ehrenpreise und die in den städtischen Parks sicherstellen ließ. Die Amtskette wird allerdings an den Tagen, an denen sich die Schützen mit ihren Familien wollen, ihren Besitzern leihweise gegen Kautionsausgabe übergeben.

Gegen den Magistrat von Potsdam, dessen deutscher nationaler Oberbürgermeister erst kürzlich die laubere Finanzverwaltung der Stadt vor aller Öffentlichkeit laut preis, wird der Vorwurf erhoben, daß er bereits wiederholt von den Unregelmäßigkeiten unterrichtet worden sei, jedoch niemals den Mut zum energischen Durchgreifen gefunden habe. In der Tat kam die Angelegenheit erst durch einer Anzeige der Steuerbehörde bei der Staatsanwaltschaft ins Rollen.

Skandal im rumänischen Königshaus

Wien, 23. November. (Sig. Drahtber.) Am rumänischen Königshaus, zu dessen Tradition ewige Familienkandale und Liebesaffären gehören, ist ein neuer schwerer Skandal ausgebrochen. Prinz Nicolai, der Bruder des Königs, hat sich heimlich und ohne Wissen seines Vaters mit der geschiedenen Woiwodesin Dumitrescu-Johan in irgendeinem Dorf heimlich trauen lassen, wodurch er sich den Born seiner Familie und besonders des Königs zugezogen hat. Dieser ließ kurzerhand das Trauschein des Paares beschlagnahmen und zerlegte das Protokoll. Nicolai, der sich widerspenstig zeigte, wurde die Entscheidung sämtlicher militärischer Dienstgrade sowie aller Vergünstigungen des königlichen Hauses angeordnet, falls er sich nicht in kürzester Zeit von dieser „Rebellion“ losmachte. In dem leichtlebigen und fröhlichen Vukareski schmunzelt man verächtlich über diese neueste „Sensation“, die der Hof gelieft hat.

Mord oder Unzuchtstahl?

In einem Gehölz in der Nähe Suggow im Kreise Kreisfeld wurde die 31jährige Frau Felia v. Hennings in Gegenwart ihres Mannes, des Rittergutsbesizers v. Hennings, erschossen. Die tödliche Kugel kam aus dem Lauf eines hinter Tannenzweigen verbedekten Jagdgewehrs. Der Schuß war durch einen quer über den Weg gespannten Astenschen ausgelöst worden. Hennings soll seine Frau zu dem Jagd in den Wald aufgefordert haben. Andererseits sprechen politische Momente gegen seine Täterhaft. Frau

Wefel wiedergewählt!

36 gegen 31 Stimmen - Niederlage der Nazis

Bei der Wahl des Landtagspräsidenten wurden heute insgesamt 93 Stimmen abgegeben. 3 Abgeordnete fehlten. Davon entfielen auf Wefel (Sozialist) 33 Stimmen, Kunz (Nationalsozialist) 23 Stimmen, Gentzel (Wirtschaftspartei) 26 Stimmen und Dermann (Kommunist) 11 Stimmen. Es muß also eine Stichwahl zwischen Wefel und Gentzel stattfinden.

Bei der Stichwahl werden 92 Stimmen abgegeben. Davon lauteten auf Wefel 36 und auf Gentzel 31 Stimmen. Die Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten, die für ihre eigenen Kandidaten wieder gestimmt hatten, waren ungenügend. Wefel ist also wiedergewählt.

Schlachtviehmarkt Dresden vom 23. November

Am 23. November 1931 wurden auf dem Schlachtviehmarkt Dresden folgende Tiere abgesetzt: 100 Stück Rindvieh, 100 Stück Schweine, 100 Stück Schafe, 100 Stück Pferde, 100 Stück Geflügel, 100 Stück Wild. Die Preise lagen im Durchschnitt um 100 bis 150 Mark pro Stück.

Wettervorhersage für den 25. November

Am 25. November ist ein bewölkter Tag mit teils heftigen Regenschauern zu erwarten. Die Temperaturen liegen im Bereich von 5 bis 10 Grad Celsius. Die Windrichtung weht aus Westen mit mäßiger bis starker Stärke.

Esperanto fördert den Weltfrieden. Der Staatsrat von Lhasa hat in der Sitzung vom 23. September 1931 unter dem Vorsitz...

Werkstätten für Arbeitslose. Das Arbeitsamt Dresden veranstaltet am Donnerstag, 26. November, abends 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Eingang Trabantenstraße, ein Konzert für Arbeitslose...

Kunstausstellungen. Am der Reihe der Vorträge für den Kunstausstellungsabend hat der deutsche Dialektproben heute abend 8 1/2 Uhr im Theater...

Reiseleiterinnen Dresden-Weiß. Die Reiseleiterinnen sind am 24. November im Hotel Victoria, 12. Stockwerk, abends 8 Uhr...

Der Bildungsausschuss des Gruppenverbandes Kraftfahr der SPD. Der Ausschuss hat am 23. November im Hotel Victoria, 12. Stockwerk, abends 8 Uhr...

Schule für Schwerhörige und Ertaubte. Chemnitz Str. 4. In der Schule wird am Montag den 29. bis 11 Uhr Ertaubte unterrichtet...

Einzelne Abende. Dresden. Zur Einführung in die Schachwelt am 24. November abends 8 Uhr im Hotel Victoria, 12. Stockwerk...

Frühstück. Zusammenkunft der Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend trifft am 24. November abends 8 Uhr im Hotel Victoria, 12. Stockwerk...

Hausbesuch. Am 24. November abends 8 Uhr im Hotel Victoria, 12. Stockwerk...

Polizeibericht

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Diebstahl von Geld. In der Nacht zum 22. November wurde in der Straße...

Veranstaltung der SPD-Gruppenleiter. Mittwoch, vormittags 10.45 Uhr...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

1. Abteilung. Mittwoch, 7 Uhr. Klammern für die Arbeiterjugend...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Gruppe Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal des Arbeiterhauses...

Rat und Stadtverordnete Die Sozialdemokratie gegen angemaßte Rechte des Rates. - Das unsoziale Spardiktat Die Forderungen der SPD.

Nach dem vom Rat beschlossenen Sparmaßnahmen im Haushaltsplan der Stadt, die sich auf mehr als 6 Millionen Mark belaufen...

Rates und der Anweisungen des Oberbürgermeisters durchführen zu können, in dem sozialdemokratischen Antrag gefordert, regelmäßig präzisere Finanzübersichten den Stadtverordneten vorzulegen...

Ihr Herz macht mehr als 100000 Zusammenziehungen (Schläge) täglich und das Ihr Leben lang, ohne Ruhe, ohne Pause. Daran ist zu erkennen, wie wichtig die Pflege und Schonung dieses lebensnotwendigen Organes ist...

Stadtoberordnetenversammlung vom 23. November 1931. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt der Kommune-Schreiber des Wort zur Geschäftsverteilung...

12 Volksversammlungen der SPD. Gr.-Dresden gegen den Volksentscheid der Renner, Weber, Killinger

Mittwoch, 25. November, abends 7.30 Uhr:
Gasthof Wälfnitz — Watzke Stabliement — Reichsbanner, Bischofsweg — Blumenstraße — Donaths Neue Welt — Gasthof Leuben — Müllers Gasthof, Leubnitz-Neustadt — Gasthof Cossebaude — Heiterer Blick, Kötzschenbroda — Volkshaus Pirna

Referenten: Artur Arzt, Tony Sander, Hermann Fleißner, Johannes Schirmer, Kurt Wackel, Hans Thümmel, Karl Kautzsch, Erwin Mariach, Hans Geiser, Oskar Edel, Oswald Güttler, Emil Ebert, Robert Grätzsch, Kurt Frenzel, Dr. Hugo Freund, Wilhelm Sander, Clemens Dilitzsch, Wilhelm Franke

Freitag, 27. November, abends 7.30 Uhr:
Schützenhaus, Radeberg — Turnerheim in Heidehaus

Die gesamte werktätige Bevölkerung wird erwartet
SPD. Groß-Dresden

Die SPD. bezweckt mit ihrem Antrage, eine für das ganze Kollegium wichtige Frage zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen erreichen, daß für die Zukunft nicht mehr, wie das leider in den letzten Monaten wiederholt dorgekommen ist, in äußerst wichtigen Angelegenheiten die Stadtvorordneten vollständig auszuscheiden werden. Es geht um die Aufsichtsbefugnisse und die tatsächliche Regierung der Städte der Gemeinden, die im Interesse der sozialdemokratischen Selbstverwaltung der Gemeinden zu bestehen. Die einzelnen in Betracht kommenden Aufgaben betreffen die Vorbereitung der Reichsregierung als geeignete Mittel, die Selbstverwaltung in äußerster Weise einzuschränken.

Die Einsparungsmethoden des Stadtrats

Es liegt das Schreiben des Rates vor, worin er von den von ihm nach Artikel 2 des 4. Teiles der sächsischen Verfassung vom 21. September 1931 zur Sicherung des Staatshaushalts und der Haushalte der Gemeinden beschlossenen, zur Erzielung des Gleichgewichts im sächsischen Staatshaushalt erforderlichen Einsparungsmaßnahmen Kenntnis gibt. Zunächst begründet der Kommunist Reußler unter den üblichen Forderungen der Sozialdemokratie einen Antrag seiner Fraktion, in dem der Rat ersucht wird, die von ihm beschlossenen ersatzlosen und unzulässigen Einsparungen im sächsischen Staatshaushalt sofort rückgängig zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion hat bekanntlich folgenden Antrag eingebracht:

- Kollegium wolle beschließen,**
1. dem Rat sein Verhalten darüber auszusprechen, daß er weitgehende Kürzungen des Staatshaushalts unter völliger Ausdehnung der Stadtvorordneten vorgenommen hat,
 2. den Rat zu ermahnen,
 - a) die im Gesamtratsbeschlusse vom 11. November 1931 beschlossenen Einsparungen in dieser Form nicht durchzuführen,
 - b) Ausgabeneinsparungen und Einnahmehöherungen nicht ohne die Zustimmung der Stadtvorordneten vorzunehmen,
 - c) die Stadtvorordneten laufend über die Finanzlage der Stadt zu unterrichten.

Genosse Rösch:

Die SPD. bezweckt mit ihrem Antrage, eine für das ganze Kollegium wichtige Frage zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen erreichen, daß für die Zukunft nicht mehr, wie das leider in den letzten Monaten wiederholt dorgekommen ist, in äußerst wichtigen Angelegenheiten die Stadtvorordneten vollständig auszuscheiden werden. Es geht um die Aufsichtsbefugnisse und die tatsächliche Regierung der Städte der Gemeinden, die im Interesse der sozialdemokratischen Selbstverwaltung der Gemeinden zu bestehen. Die einzelnen in Betracht kommenden Aufgaben betreffen die Vorbereitung der Reichsregierung als geeignete Mittel, die Selbstverwaltung in äußerster Weise einzuschränken.

Dieses Merkmal auf die Selbstverwaltung und insbesondere die Ausführung der Gemeindevorarbeiten bei wichtigen Gemeindegangelegenheiten

und um so unerschütterlicher, als gerade die sächsische Landesregierung weiß, daß die Gemeindevorarbeiten keine Schuld an der Notlage der Gemeinden haben. Die Landesregierung selbst hat ja oft genug bei der Reichsregierung um besondere Maßnahmen für die sächsischen Gemeinden nachgehakt, da die Gemeinden infolge der ungemein großen Belastung für Wohlfahrtsverbände und Arbeitsunterstützung zum Zusammenbruch nahe sind. Leider war der Erfolg gering. Die Reichsregierung hat so ziemlich alle Vorstellungen, die von Sachsen aus gemacht wurden, in den Wind geschlagen. An der Not der Gemeinden haben aber — und nicht zuletzt — auch

die Sünden der bürgerlichen Parteien

in den früheren Jahren Schuld, weil damals bei ihnen das notwendige Verständnis für das, was notwendig ist und durchgeführt werden muß, nicht vorhanden war. Bekanntlich hat sich die SPD. in den letzten Monaten bemüht, das Reich dafür zu interessieren, was in den sächsischen Gemeinden vorgeht. Es kann keinem Menschen entgangen sein, daß die Not in den sächsischen Gemeinden erheblich größer ist als bei den Gemeinden im übrigen Reich. Leider ist aber, wie schon gesagt, bei der Reichsregierung das notwendige Verständnis für die besondere Notlage der sächsischen Gemeinden nicht vorhanden.

Von bestimmten Parteien wird nun in den Parlamenten die Ansicht vertreten, daß die Not der Gemeinden auf eine Wirtschaftskrise zurückzuführen ist und daß besonders dort die Not groß ist, wo sozialdemokratische Mehrheiten bestehen. Wenn man sich aber die Verhältnisse näher betrachtet, so ist festzustellen, daß

auch in den Gemeinden, die eine deutschnationale oder volksparteiliche Oberbürgermeister haben und wo schon immer bürgerliche Mehrheiten vorhanden sind, die Not gleich groß ist.

So in den Städten Danksen, Reibitz und Pirna, die niemals eine sozialdemokratische Mehrheit und nie einen sozialdemokratischen Bürgermeister hatten. Wenn Sie zurück: freilich, so wie ich, den Artikel in den Dresdner Reichsten Nachrichten zu lesen, in dem der dortige

Gemeindevorwaltung die größte Anerkennung gesollt wird. Dort ist allerdings ein Sozialdemokrat Oberbürgermeister. Es ist also durchaus falsch, die Meinung zu vertreten, daß die Not in den Gemeinden besonders dort groß sei, wo in den Gemeindeparlamenten sozialdemokratische Mehrheiten vorhanden wären. Die Frage ist aber nicht unter diesen Gesichtspunkten zu behandeln, heute handelt es sich vielmehr darum:

Wie kann den Gemeinden in ihrer großen Not geholfen werden?

Wir brauchen keinen Kampf gegen die demokratische Selbstverwaltung, sondern durchgreifende Hilfsmaßnahmen zur Beseitigung der großen Not in den Gemeinden. Ohne solche Hilfsmaßnahmen können wir nicht aus dieser Not herauskommen. Als hauptsächlichste Hilfsmaßnahme ist

die Übertragung der gesamten Erwerbslosenlasten auf das Reich

zu fordern. In vielen Gemeinden Sachsen sind die Ausgaben für Wohlfahrtsverbände und Arbeitsunterstützungsmittel über die gesamten Steuererlöse hinaus. Als Beispiel dienen die Verhältnisse im ganzen Lande Sachsen. Hier betragen die Steuererlöse vom 1. April bis zum 31. August 1931 47,88 Millionen Mark, die Gemeindeausgaben für Wohlfahrtsverbände und Arbeitsunterstützung dagegen 46,04 Millionen Mark.

Weiter hat man sich beim Reich nicht nur darauf beschränkt, den Gemeinden Belastungen aufzuerlegen, insbesondere die Ausgaben für Wohlfahrtsverbände und Arbeitsunterstützung, sondern auch ihre Einnahmen stark beschränkt.

Hier sei wieder verwiesen auf die Verdrängung des Anteils der Gemeinden an den drei großen Reichseinkommen: Grundsteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer.

Es war auch eine Kurzwahlfrist, daß die Reichsregierung durch Verordnung der

Senkung der Realsteuern

den Gemeinden weitere Einnahmen entzogen hat. Hieran gehört auch das Verbot, die Realsteuern nach dem 31. Dezember 1931 zu erhöhen. Auch die Senkung der Kriegsteuern vom 1. April 1932 an wird die Finanzverhältnisse der Gemeinden ungünstig beeinflussen.

Diese Maßnahmen der Reichsregierung sind vom den bürgerlichen Parteien seit Jahren gefordert und auch unterstellt worden, und deshalb hat sie auch mit Schuld an den heutigen Verhältnissen.

Die von einer ganzen Anzahl linker kommunaler Verbände gebotene Forderung, daß durch

Umschuldung kurzfristiger Anleihen

den Gemeinden eine stärkere Erleichterung gebracht wird, scheint sich nicht zu verwirklichen, da die an die Umschuldung geknüpften Bedingungen die Selbstverwaltung weiter sehr stark einschränken müssen und außerdem es sehr schwierig oder überhaupt fast unmöglich ist, von den Gläubigern die Zustimmung zur Umschuldung zu erhalten.

Der Rat hat an die Stadtvorordneten die Mitteilung ergehen lassen, daß sich neue Entlastungen von 6,4 Millionen Mark notwendig machen. Er teilt ferner mit, wo nach Rücksicht auf diese Entlastungen gemacht werden sollen.

Diese Sparmaßnahmen wurden getroffen, ohne vorher mit den Stadtvorordneten in Verbindung zu treten. Wir müssen gegen eine derartige Ausdehnung der Stadtvorordneten bei so wichtigen Änderungen des Haushaltplans entschiedene Verwahrung einlegen.

Der Oberbürgermeister wäre sehr wohl in der Lage gewesen, die Stadtvorordneten zur Teilnahme heranzuziehen. Das wäre auch nach der sächsischen Verfassung vom 21. September möglich gewesen.

Eine Mitwirkung der Stadtvorordneten hätte wahrscheinlich mandatiert, daß jetzt hartes Bedenken erregt, was gelassen und höher für die Kinderbewilligten weniger hart fühlbares gebracht. Es müßte Aufgabe der Gemeindevorwaltung sein, weitere Erwerbsloslasten zu verteilen. Vorher scheinen aber einige der vom Rat beschlossenen Maßnahmen dazu geeignet, bei der Gemeinde Beschäftigte erwerbslos zu machen. Wenn z. B. beim Straßenbau (Konto 34) und beim Hochbau (Konto 64) insgesamt 26.000 M., bei der Straßenreinigung 27.500 M. und bei den Entwässerungsanlagen 54.800 M. insgesamt also 108.300 M. eingespart werden sollen, läßt sich das nicht ohne Arbeiterentlassungen möglich sein.

Bestimmt mit Arbeiterentlassungen ist zu rechnen bei den Einsparungen beim Konto „Gartenanlagen und Baumhäuser“ um 100.000 M. Es wird befürchtet, daß von den 100 Beschäftigten etwa 50 bis 60 zur Entlassung kommen werden.

Wir sind aber entschieden dagegen, daß durch diese Einsparungsmaßnahmen weitere Arbeiterentlassungen notwendig werden.

Eine Vorwegnahmeentscheidung besteht darin, daß die Arbeiterentlassungen der Straßenbauern, für die sich ja die Ausleihungsleistung verpflichtet hat, sofort in Angriff genommen werden.

Ebenso bedenklich sind die starken Streichungen im Schulwesen. Wenn z. B. für die Förderung Begabter 60.000 M. getrichen werden und bei den Vorkurs- und Berufsschulen noch einmal 50.000 M., so widersprechen wir dem ganz entschieden, besonders auch der Entziehung von 10.000 M. bei der Vorkurs- und Berufsschule. Ebenso müssen wir uns dagegen stark wenden, daß der Wohlfahrtsrat und die Jugendamt mit 20.000 M. einspart werden sollen. Dann sollen 20.000 M. erspart werden durch Schließung und Vermietung des Mutter- und Säuglingsheims, Hermannsberger Straße, und weitere 10.000 M. durch Schließung und Zusammenlegung von Kinderhorten, -heimen, -fröhen usw. Das Amt für Leibesübungen soll aufgehoben werden.

Die SPD. Stadtvorordnetenfraktion hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie solche Streichungen und Einsparungen nicht aufheben kann. Sie erhebt auch jetzt wieder Einspruch dagegen und beantragt deswegen, daß die Sparmaßnahmen in diesem Umfang nicht durchgeführt werden.

Bei den Krankenkassen sollen 1,2 Millionen Mark durch organisatorische Veränderungen und sonstige geeignete Maßnahmen, deren Verteilung dem Krankenkassenrat überlassen bleibt, eingespart werden. Wegen einer solchen Regelung müssen wir uns auf das entschiedenste wenden. Es ist nicht zu verantworten, daß gerade in den Krankenkassen, in denen das Wohl von tausenden Anfallenden von einer guten Verwaltung abhängig ist, sich das Ratskollegium solche Ausschüsse und auch den Stadtvorordneten sammelt, das gleiche auch am das Volksgesundheitsamt, das in den Krankenkassen durchgeführte Sparmaßnahmen sowohl von Stadtvorordneten als auch vom Ratskollegium eingehend nachgeprüft werden, denn hier wollen wir genau, daß der Leibarzt, Dr. Stadtrat Dr. Tempel, unmaßstäblich Entlassungen des Volksgesundheitsamts in Aussicht genommen hat. Darunter wird die Mühsal auf die Kranken sehr stark zu leiden haben. Der Stadtrat Dr. Tempel wird eine notwendige Maßnahme, nämlich die Schließung der Krankenpflegeanstalt, nicht vornehmen, dafür aber an anderer Stelle, wo es Gefahr in sich birgt, um so stärker sparen.

In Punkt 5 unseres Antrags haben wir zum Ausdruck gebracht, daß die Finanzverwaltung verpflichtet sein soll, den Stadtvorordneten von Zeit zu Zeit eine Übersicht über die Finanzlage zu geben. Damit wird der Öffentlichkeit ein großer Licht einstrahlen, zumal infolge der überhöhten Gehaltszahlung leicht Konten für die Gemeinde entstehen können.

Die SPD. Fraktion hat Widerspruch erhoben gegen Streichungen der Realsteuern in der Wohlfahrtsrat, gegen Entlassungen von Arbeitern und Angehörigen, und gegen Gehalts- und Lohnabbau, durch den besonders die unteren und mittleren Gehaltsstufen überaus empfindlich getroffen werden.

In einem früheren Antrage hat die SPD. Stadtvorordnetenfraktion bereits folgende

Forderungen

1. Stärkere Erfassung der hohen Einkommen durch Umgestaltung der Einkommensteuer und rückwirkende Besteuerung dieser Steuern. Erhöhung der Einnahmen aus der Grundsteuer, insbesondere durch Besteuerung des Kadassales von Gehäusen.
2. Stärkere Besteuerung der Vermögenssteuern. Rückwirkende Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalverdrängung nach dem Auslande und Zurückführung der bisher verdrängten Kapitalien.
3. Unterlassung der Gehaltskürzungen bei den unteren und mittleren Beamten, dagegen stattdessen Herabsetzung der hohen und höchsten Gehälter.
4. Erhaltung und Ausbau der sozialen und kulturellen Aufgaben.
5. Keine Kürzung der bisher dem Wohnungsbau aus der Mietzulage zur Verfügung stehenden Mittel. Befreiung dieser Mittel für den Wohnungsbau der Gemeinden. Besteuerung der Wohnungsgewinnwirtschaft. Ausbau der Wohnungsgewinnwirtschaft zum Zweck der Schaffung von Kleinwohnungen mit tragbaren Treppen für die minderbemittelten Kreise unter Ausschaltung des spekulativen Wohnungsbauers.
6. Erhaltung und Ausbau des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. Reichsrechtliche Schaffung eines Finanzausgleichs zur Sicherung der finanziellen Selbstständigkeit der Gemeinden und Gewährleistung der Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben. Erwerbslosenunterstützung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und Übernahme der Kosten auf das Reich.
7. Einführung der 40-Stunden-Woche durch Reichsgesetz, verbunden mit entsprechendem Lohnausgleich.

Wir fordern heute darüber hinaus nochmals Genehmigung auf das Reich, Steuern zu schaffen, die auch den Werk in besonderer Weise belasten. Das weitere fordern wir die Einführung der Steuerbefreiungen, die nicht nur bei Reichs- und Staatssteuern recht erheblich sind, sondern auch bei den Gemeindesteuern. Bei der Einkommensteuer stehen 138.000 M. aus, die bereits am 10. Oktober fällig waren. Rückstände in Höhe von 80.000 M. sind bei der Vermögenssteuer zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sowohl Einkommensteuer als auch Vermögenssteuer bereits längt von dem Verbraucher eingezogen sind, also eine persönliche oder geschäftliche Belastung für den Beitragszahler nicht darstellen.

Zuzunehmen, daß die Einkommensteuer von dem Beitragszahler

Sie finden zwar

in CLUB-Packungen keine Wertmarken, aber die wertvollste Zugabe, die es für 3 1/2 Pfg.-Zigaretten gibt, nämlich:

die alles überragende Qualität



Inhaber nicht in dem Umfang an die Steuerstelle abgeführt wird, wie sie von dem Verbräucher erhoben wird. (Verh. Prot. S. 10.)

Zur Wahrung der Rechte der Steuerpflichtigen unter allgemeiner Aufsicht, daß man eingetragene sei, was die Nationalsozialisten schon immer vorzuziehen hatten. In ganz Deutschland sei ein allgemeines Sanierungsprogramm einzuführen. Dieser angebliche Vertreter bekämpfte die „unwirtschaftlichen“ Regierbetriebe.

Oberbürgermeister Dr. Kütz:

Es sei zu erwarten gewesen, daß der Beschluß auf Einberufung in einem Umfang von 6 1/2 Millionen Mark einer harten Kritik ausgesetzt sein würde. Er sei jedoch bereit, die volle Verantwortung für diese Maßnahmen zu tragen. Ausdrücklich müsse betont werden, daß es sich nicht um Maßnahmen des sozialdemokratischen Bürgermeisters, sondern um einen Katastrophenfall handle. Er müsse auch hervorheben, daß man es nicht mit Sparmaßnahmen im eigentlichen Sinne zu tun habe, sondern zum großen Teil mit der Hinterlassung von bitter notwendigen Maßnahmen. Sie bedeuten also keine Ersparnis, sondern bloß eine augenblickliche Entlastung der Kassenlage, also nicht einmal der Finanzlage der Stadt, denn wenn heute beispielsweise das Tiefbauamt 400 Arbeiter entlassen würde, so könnte man zwar für den Augenblick die Ausgaben sparen, aber nach 20 Wochen müßte diesen Leuten Arbeitsunterstützung gewährt werden und nach weiteren 20 Wochen habe sie die Stadt ganz auf dem Kasse. Trotzdem hätten sich die Maßnahmen nicht umsetzen lassen, sondern seien eine eiserne Notwendigkeit. Es sei eben nicht möglich, sich zu verweigern, sondern man müsse die Lasten des Rates, durch Maßnahmen den Gehältern zu mindern oder ganz auszugleichen.

Somit seien schnelle Maßnahmen notwendig. Jede Woche löste sich der Stadt Hunderttausende. Wenn es in normalen Zeiten möglich sei, solche Maßnahmen von den Stadterwerbern bezahlen zu lassen, so werde dies in Notzeiten zum Scheitern. Eine starke Veranschaulichung der Arbeitslosenverhältnisse sei nicht geplant. Seit der Zeit der Gesundheitsreform der Bevölkerung ist es offensichtlich, daß keine der Krankenversicherer weit überlegen dabei waren als jetzt. Komende Gesundheitsreform (d. d. Romm) überdies müßten die Krankenkassen in der Dampfschiffahrt von der öffentlichen Aufsicht und der Tarifkontrolle befreit. Wenn man nun die Tarifkontrolle in den Krankenkassen erhöhe, so erzielten diese wohl mehr Einnahmen, dafür entständen aber auf der anderen Seite dem Krankenkassen höhere Ausgaben. Die Verhältnisse lagen eben so, daß die öffentlichen Betriebe infolge der wirtschaftlichen Depression zurückfielen, wodurch sich ohne weiteres Entlohnungsmöglichkeiten eröfnen.

Der Oberbürgermeister fügte hinzu, daß

Diese Sparmaßnahmen des Rates nicht die letzten

seien, sondern daß er sich fortgesetzt bemühe, das Defizit bis zum letzten Pfennig zu decken. Es bleibe nichts weiter übrig, als mit dem finanziellen Niedersinken aufzuräumen. Nach dem Monatsbericht, wenn er jage, daß das von ihm (Dr. Kütz) geleitete Amt, für das er sich verantwortlich habe, nicht ganz den Wünschen entsprechende Umsätze erzielt habe, so werde immer das Gesamtdefizit der langfristigen Zahlungen über den Gemeinden

schweben, ohne dessen Beseitigung eine Gesundung der Gemeindefinanzen nicht möglich sei. Er hoffe, daß es gelingen werde, mit den Gläubigern der Stadt zu einer Vereinbarung zu kommen, andernfalls er die Liquidation der Stadt angestrebt habe. Sehr richtig habe Kütz auch betont, daß eine Gesundung unserer Finanzen auf die Dauer bei der gegenwärtigen Politik des Reiches gegenüber den Gemeinden nicht möglich sei. Unsere Finanzen würden durchgängig in Ordnung sein, wenn die Gemeinden nicht von den ständig zunehmenden Lasten der Wohlfahrtsverbände, die diese größte soziale Last, in den einzelnen Landesteilen ganz verschieden stark aufträte. Während z. B. die Arbeitslosigkeit in Württemberg mit 25 Prozent unter dem Reichsdurchschnitt liege, betrage sie in Dresden 190 Prozent über dem Reichsdurchschnitt. Diese ungeheure Ungerechtigkeit (zurück des Stadterwerbers Schrapell: Warum sind Sie nicht Finanzminister geworden!) könne überhaupt nur dadurch beseitigt werden, daß sich das Reich endlich entschließt, eine einheitliche Reichsarbeitslosenfürsorge einzuführen. (Lachen der Versammlung.)

Oberbürgermeister Kütz von der Wirtschaftsgruppe bezeugte es als unmöglich, die unrentablen Regiebetriebe, die nicht einmal Steuern zahlen, aufrechtzuerhalten. Man könne Sport treiben, ohne dabei Verlust zu machen. Wenn an der Schule gespart werden solle, so sei das zwar bedauerlich, gleichwohl brauche unter den jetzigen Sparmaßnahmen das Niveau der Ausbildung nicht zu leiden.

Ein Antrag von Dr. Berthold (Komm.) eingebrachter Antrag auf Schluß der Aussprache wurde von ihm damit begründet, daß nach der Abstimmung der Rat für alle seine Maßnahmen die Verantwortung trage. Die bisherigen Verhandlungen im Kollegium hätten kein Ergebnis gehabt, und ein solches sei auch von weiteren Verhandlungen nicht zu erwarten.

Der Antrag Berthold wurde zum Beschluß erhoben und darauf der Antrag Reubel gegen die Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten abgelehnt und Johann der Antrag Kütz mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Nationalsozialisten angenommen.

Mehr Volkstücken!

Im Laufe der weiteren Sitzung kam noch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Errichtung einer weiteren Volkstheater in Neustadt-West in die Wege zu leiten.“

Genosse Schmitt wies bei der Begründung darauf hin, daß dieser von der Arbeiterschaft wohl bewohnte Stadtteil mit seinen vielen Tausenden von Erwerbslosen jetzt nur eine Volkstheater auf der Leipziger Straße besitze und diese den Ansprüchen nicht genüge. Direktor Dr. Brodmann vom Hauptstadtkomitee erklärte, daß die erforderlichen Maßnahmen für eine neue Volkstheater bereits in die Wege geleitet seien. Diese werde schon in den nächsten Tagen eröffnet werden. Für eine Kontrolle des Spiels sei gesorgt. Allen herabzulegenden Wünschen werde nach Möglichkeit Rechnung getragen.

Der Antrag Schmitt wurde zum Beschluß erhoben. Erwähnt sei schließlich noch, daß ein im Herbst vom Gemeindefrat eingebrachter Antrag auf Sanierung eines Verkehrsweges für die Bewohner der Posthausstraße Neubau-Neustadt nach der Neustadtstraße nach erfolgter Aufklärung der Sache einstimmig angenommen wurde.

Hartwigs Versprechungen

In der Ortsgruppe Kleinfeld der NSDAP, sprach der Reichstagsabgeordnete Hartwig, Raaben, über das Thema: Der Verkehr nach dem Verfall des Nationalsozialisten nachstehenden wirtschaftlichen Positionen beantwortete er im zweiten Teil die Frage, wie die NSDAP das deutsche Volk wieder aus den gegenwärtigen Zuständen herauszuführen werde. Die Maßnahmen würden einen unangelegenen Aufschwung der Wirtschaft bringen, und es sei nur eine Frage der Zeit, bis Adolf Hitler das kleine Deutschland führe. Die „Vaterlandsgenossenschaft“ der NSDAP werde dann gegründet werden. Geld wird wieder in die deutsche Wirtschaft gebracht werden durch Abschaffung der Geldwahrung und Freigabe der Zinsnachschuß. Zukunfts werden die Zinsen wieder sinken, und Deutschland lösen und sich selbst erhöhen. Ein Volkstheater und die Weltbühnen Deutschlands werden durch Putsch und mit Italien und England wird Deutschland nicht mehr nachhaken und den Weltmarkt wieder erobern. Er trat ferner für einen Arbeitsschein ein und versprach, daß die NSDAP nicht entzogen werde, sondern jeder Staatsbürger soll Eigentum bekommen.

Ein bißchen viel auf einmal, und wir befürchten, wir werden die Erfüllung all dieser schönen Dinge niemals erleben!

... und Kilingers Märchenzählungen

Der nationalsozialistische sächsische Landtagsabgeordnete von Kilingen sprach dieser Tage in Birna und stellte dort erstaunliche Behauptungen auf. Nach dem Bericht des ihm sehr nahe stehenden Birnaer Anzeigers erklärte er, die Forderungen der NSDAP seien folgende:

1. Die Reichsbahn müsse wieder deutsch werden, damit die hohen Transportkosten auf dieser Bahn, deren Werten sich zu 51 Prozent in den Händen des amerikanischen Weltbankes befinden, herabgemindert werden könnten.
2. Der Reichshaushalt, der heute 31 Milliarden Mark betrage gegenüber 1914 Milliarden Mark vor dem Kriege, müsse reduziert, das Beamtenkontingent von 700.000 auf 500.000 herabgesetzt werden.
3. Die Kriegskontributionen müßten eingestellt werden.
4. Die Renten werden verstaatlicht und der Zinsfuß herabgesetzt.

Die Aufhebung des Versailles Vertrages sei eine Selbstverständlichkeit. Die NSDAP fordere eine starke Außenpolitik und trete für ein Bündnis mit England und Italien ein. Der Vorschlag, daß man hierbei die Zähringer Frage außer acht lasse, werde von den Nationalsozialisten mit der Forderung auf eine zur Zeit noch nicht beantwortete Frage mit Italien, mit dem man gar gesprochen hat und über Zukunft sprechen werde.

Somit Abg. von Kilingen, daß er an Tatsächlichem vorgebracht hat, ist von A bis Z falsch. Die Aktien der Reichsbahn sind nicht zu 51 Prozent in ausländischem Besitz, sondern nur zu 25 Prozent in ausländischem Besitz. Auch die Wertschätzung des Bankhauses ist falsch. Nach u. G. verleihe die Aktien der Reichsbahn rein deutschem Kapital und die Verwaltung der Reichsbahn rein deutsch. Der Reichshaushalt beträgt heute nicht 31 Milliarden Mark, sondern — nach dem Entwurf — nur 16 1/2 Milliarden Mark, also ziemlich genau ein Drittel von dem was Kilingen behauptet hat. Auch seine Angaben über den Kriegshaushalt stimmen nicht. Er betrug nicht 1914 Milliarden Mark, sondern nur 3,16 Milliarden Mark im Jahre 1913 und 3,50 Milliarden Mark im Jahre 1914. Mit solchen total erfindenen Zahlen, wie sie Kilingen seinen abenteuerlichen Schemen vorgetragen hat, kann man allerdings leicht Menschen verblenden und irreführen. Daß England und Italien sich nicht ohne weiteres zum Bunde für Deutschland machen werden, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Italien namentlich wird sich hüten, wenn es von Herrn von

Killingen erfährt, was man wegen Sittlichkeit später mit Rom vor hat. Uebrigens hat Abg. von Kilingen vor einiger Zeit eine Verleumdungsklage gegen den früheren nationalsozialistischen Abg. Kurt Meißner wegen einer in der „Völkischen Zeitung“ erschienenen Artikel — auf die Durchführung dieser Klage wartet man nun schon beinahe ein Jahr vergebens — und wird wohl auch noch länger warten müssen.

Sachsen

Da gehört er hin

Wittke bezogter Vorstands des Verbandes Sächsischer Industrieller

Wie die Sächsische-Sächsische Korrespondenz erfährt, steht ein wichtiger Wechsel in der Leitung des Verbandes Sächsischer Industrieller bevor. Der bisherige ehrenamtliche Vorsitzende, Direktor Wittke, scheidet voraussichtlich im Januar aus seinem Vorstandamt bei der Sächsischen Industrieversammlung aus und wird vom VSA als Vorsitzender abgelöst. Damit wird die Leitung des VSA, in einem wesentlichen Punkte geändert. Ferner hören wir, daß der Wahl Wittke in den Aufsichtsrat der Sächsischen Werke für die nächste Hauptversammlung in Aussicht genommen worden ist. Aber sein Nachfolger als Direktor der Sächsischen Werke wird nicht sein. Die Entscheidung dürfte bei der VSA, wegen der Wirtschaftslage liegen. Der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller wird im ersten Drittel des Dezember am Ende einer Sitzung zusammenzutreten, um die Änderung der Organisation und damit die Einstellung Wittkes beschließen.

Da gehört er allerdings hin als wohlbestallter „Bosse“, an die Spitze der ergoalreaktionären Gesellschaft, die der Verband Sächsischer Industrieller schon seit langem ist. Einen besseren Mann als diesen Wittke kann sich dieser Verband für seine Zwecke gar nicht anstellen. Wittke, der es vom kleinen Buchhalter bis zum großmächtigen Direktor brachte,

Es ist noch lange nicht alles Malzkaffee, was so aussieht!

... oft ist es nichts anderes als Gerste — rohe Gerste, die einfach gebrannt ist. Verlangen Sie Kathreiner! Dann haben Sie richtigen Malzkaffee — und zwar den feinsten, den es überhaupt gibt...

hat in den letzten Jahren viel von sich reden gemacht. Sein Ehrgeiz war es offenbar, zu zeigen, daß es keinen eifrigeren Kämpfer gegen die angeblich zu hohen Löhne und die sozialpolitischen Errungen der Arbeiterchaft geben könne, als ihn selbst, den Herrn Direktor Wittke aus Niederfeld. Sein Auftreten auf der Industriellenkonferenz in Chemnitz hat selbst bei den jähm den deutschen nationalen Handlungsbildern die härtesten Proteste hervorgerufen, und es ist bezeichnend für unsere ganzen sozialen Verhältnisse, daß man ausgerechnet diesen Wittke auch zum Mitglied des Wirtschaftsbeirates gemacht hat. Das Unternehmen aber, daß er leitete, die Sachverständigenrat, hat unter seiner Leitung nicht gerade

Seide gesponnen. Uebrigens darf es nicht zu den ewigen Klagen der Unternehmer über ihre angeblich so großen Räte, daß sie kein Geld dazu haben, um an die Spitze ihres Verbandes einen hoch würdevoll sehr gut bezahlten Vorsitzenden zu stellen.

30 Proz. Arbeitslose mehr als im Vorjahre

Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Die Zahl der Arbeitsuchenden hat am 15. November d. J. den hohen Stand von 688 708 erreicht, der fast 30 p. H. über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres liegt und sogar den wintertypischen Höchststand vom 15. Februar 1931 schon um reichlich 100 Arbeitsuchende übersteigt. Diese Tatsache ist angesichts der allgemein ungünstigen und unhöflichen wirtschaftlichen Verhältnisse im Inlande und in den Ausfuhrländern verständlich. Die Lage einiger Zweige der Textilindustrie, insbesondere der Tuchwebereien, der Strumpf- und Stoffhandlungsindustrie, der wolglandischen Sticker- und Spitzenindustrie, wurde durch die englische Währungsstreife beeinträchtigt, während in mehreren Betrieben der Baumwollspinnerei eine Verlegung eintretet, die auf den Eingang größerer Aufträge aus England zurückzuführen ist, die in Erwartung von erheblichen Preissteigerungen mit ganz geringen Verfestigungen erteilt wurden. Die saisonmäßige Verlegung in den Baumwollspinnereien und Webereien wird angehalten. In den Schmelzwerkstätten, Zementwerken, Glasereien und Eisgießereien haben eingegangene Bestellsaufträge eine leichte Steigerung des Beschäftigungsgrades hervorgerufen. In den übrigen Industriezweigen, auch andere Berufsgruppen, sind bisher erst wenige Einwirkungen des Wirtschaftsgeschehens spürbar, lediglich erst im Landhandelsbereich des Bezirks Leipzig, in der Kartonnagenindustrie des Bezirks Chemnitz, der Textilindustrie des Bezirks Zwickau, der Erdölrefinerieindustrie des Bezirks Leipzig und vorwiegend in der Zigarrenindustrie. Die ungünstige Gesamtlage der Metallindustrie erfährt keine Besserung. Die Abnahme an Arbeitsuchenden in allen Betriebszweigen, insbesondere aus dem Bergbau, dem Text- und Bergbau, dem Maschinenbau, dem Bau gewerblicher und landwirtschaftlicher Maschinen und sonstigen Zweigen des Maschinen- und Waggonbaus.

Am stärksten waren jedoch die Auswirkungen auf der Verlegung des sächsischen Arbeitsmarktes während der Verleumdung, auf denen fast 60 p. H. der Jagung an Arbeitsuchenden entfielen. Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft geben in größerem Umfang keine Hilfe. Im Bergbau wird die Zahl der Arbeitsuchenden während der Verleumdung des Arbeitsmarktes, die Zahl der arbeitssuchenden Kaufleute hat von 53 930 auf 56 368, also um rund 3000, zugenommen und die Zahl der arbeitssuchenden Kaufleute von 25 127 auf 26 807. Immerhin hat sich teilweise die warme Witterung ein noch schnelleres Anwachsen der Arbeitsuchenden verhindern können.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung mußte in der Verleumdung eine wesentliche Steigerung erfahren, nämlich von 118 638 auf 126 823, also um 7787 oder 6,6 p. H. Dagegen war der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung geringer als in den vorhergehenden Wochen. Die Zunahme betrug sich nur von 160 122 auf 160 743, also um 0,4 p. H.

Meuterei in der Bautzener Landesstrafanstalt

Eine Erklärung der Direktion

Infolge der durch die sächsische Rotberetung verfügten Auflösung der Gefangenenanstalt I in Bautzen wurden am 8. November 1931 vorüberläufige Strafgefangene aus der Gefangenenanstalt Bautzen I, G. in die Gefangenenanstalt I der Vereinigten Bautzener Gefangenenanstalten übergeführt, in denen bisher nur Strafgefangene untergebracht waren. Der unter starker polizeilicher Bewachung lebende Transport erregte schon damals durch das übliche Verhalten der Gefangenen bei der Verleumdung großes Aufsehen. In der Anstalt kam es zu regelrechten Überhand mit Selbstverletzungen.

Um die Öffentlichkeit aufzuklären und zu beruhigen, veröffentlicht der Vorstand der Vereinigten Gefangenen nun folgende Erklärung: „Um die Gerüchte über Vorgänge in der sächsischen Gefangenenanstalt I, die, wie ich here, unzulässig, auf ihren Wahrheitsgehalt einzuführen, teile ich mit, daß es bei den fürlich hier verlegten Gefangenen zu einer ganzen Reihe von Ungehörigkeiten und Unvorsichtigkeiten kam, sowie zu Selbstverletzungen gekommen ist. Die schwersten Elemente hatten bei den Aufstellungen höher die Überhand. Aus dem irrtümlichen Gedanken heraus, daß es sich um eine Art Strafverletzung handelte, scheint auf dem Transport vereinbart worden zu sein, den Versuch zu machen, die hiesigen Beamten durch das Wegschleichen des Handbells zu diffamieren. Natürlich ist dieser Versuch gänzlich mißglückt. Die mit zu Gebote stehenden Nachmittel haben sich als ausreichend erwiesen, um die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten.“

Unau'geläute Todesfälle

Schnee, 23. November. Im Saalig ist plötzlich ohne vorherige Erkrankung der 58 Jahre alte Witwe Lina Dahn verstorben. Da festgestellt worden sein soll, daß die Leiche bereits einige Tage in der Wohnung gelegen hätte, wurde die Leiche obduziert. Der Scharführer der Verstorbenen, der Landwirt Oswald Rüdiger, ist in Untersuchungshaft genommen worden. Wie es heißt, sollen Familienmitglieder bei dem Tode anwesend gewesen sein.

Grüna, 23. November. Auf der Straße zwischen Gröden und Gröden wurde am Sonntag nachmittag die Frau des Kaufmanns Matthes aus Gröden von einem Postkutschfahrer bei einem Zusammenstoß mit einer Kutschwagen neben ihrem Handwagen aufgefunden. Frau Matthes verstarb dann auf dem Transport nach Gröden. Verschiedene Aussagen, die allerdings keine Bestätigung fanden, ließen die Vermutung zu, daß die Verstorbenen von einem Auto angefahren worden sei. Es wird angenommen, daß Frau Matthes, von einem schnell vorbeifahrenden Auto erfaßt, einen Schlaganfall erlitten und sich beim Sturz die Kopfverletzung zugezogen hat.

Leipzig. Ein Lotterieschwindler ermittelt. In engher Zusammenarbeit zwischen Lotteriedirektion, einem Kollektor und der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen 19 Jahre alten Markthelfer aus Leipzig festzunehmen, der nach einem nicht einmal eigenen Leid Lotterieschwindel betreiben zu werden im Begriff war. Der Verhaftete hat sich in den letzten Tagen an Lotterieschwindler die Nummern von ausgehenden Losen notiert. Im Ziehungsraum der Lotterie der Staatslotterie beobachtete er dann, ob die notierten Nummern mit einem Gewinn gezogen wurden, um dann das betreffende Los zu kaufen, bevor der Kollektor von dem Gewinn Nachricht erhielt. Bei der Verleumdung des Loses wurde die Anzahlung des Gewinnes höchste der Kollektor bezahlt und demnach die Restsumme des Betrags, der gemäßigt ist, jedoch mit seinem Verzugsmann noch keinen Erfolg gehabt hat. Wie erinnert, konnte vor einiger Zeit ein Schwindlerhand verhaftet werden, die in der gleichen Weise gearbeitet hat.

L
42.
Vor i
interessanter
und des Ra
aus Teuflich
in sein
Kaufmann
gestiegen in
Lohn und
über die gar
nicht auf die
Pfeiler des
Lagers.
Der f
Berechnung
Grafisch im
Wahrscheinlich
falschungen
ein demische
von Kaufm
Quellen des
Tageslicht, a
„Speria“ in
beden, die
betont im
Kaufmann
Wähler. Die
Verfassung
Sowei
nung und
und stiel
Namen, der
weisen ist,
beheimatet
Nach i
Bundes ist
des Vertrie
wird eine ei
über Anteil
änder Euro
Chemiker Dr.
aufmerksam
Kaufmann
schaft, die die
Der i
siffhandel ar
Verfall. In
der nicht sein
um sich geg
halten wof
wissen mußte
jener mit se
werden konn
reumstrelten
Wahrscheinlich
Orient jährli
stamm Gero
gestellten Ko
säufliche und
Teil ihrer D
Die e
siffhandel ar
Kitteln. De
Internationa
reife vor ein
Solomonens
Roffern sein
Unterfuchung
ich auch Ma
hige Gelegen
Kaufmann
In ein
Pamper in
des Japaner
neuauer li
angelegte Ruf
Auf ei
Hoff her ind
andere Geb
hansieren a
Es man ihr
Nennen Man
nach Wien
harschaft sein
diese Melia
auf diesem 2

LEBEN + WISSEN + KUNST

42. Jahre. - Nr 273

BEIPLATT DER VOLKSZEITUNG

Dienstag, den 24. November

Gifthändler Müller

Die Leiter des Rauschgiftwelttraufs - Das organisierte Kaffee

SPD, Basel, 20. November. (Sig. Per.)

Vor dem Strafgericht in Basel findet in diesen Tagen ein interessanter Prozeß statt. 23 Personen verschiedener Nationalität sind des Rauschgiftschmuggels angeklagt. Hauptbeschuldigter ist der aus Deutschland stammende Chemiker Dr. Fritz Müller. Müller ließ in seinem Laboratorium für etwa 1 1/2 Millionen Schweizer Francs Kokain und Heroin herstellen und durch die anderen Angeklagten ins Ausland schmuggeln - insbesondere nach Ägypten, Japan und Südamerika. Durch das Verfahren ist man einem über die ganze Welt verbreiteten Schmuggelkonglomerat für Rauschgift auf die Spur gekommen. Darüber hinaus gemäht der Basler Prozeß interessante Einblicke in das "System" dieses Konglomerats.

Heroin statt Kaffee

Der 63jährige Dr. Fritz Müller ist - wie er bei seiner Vernehmung angab - Sohn eines Lehrers; er kam aus Breisach im Breisgau. In Berlin war er Assistent des Kaiser-Wilhelm-Instituts und gleichzeitig Experte für Nahrungsmitteluntersuchungen im Polizeipräsidium. Nach dem Krieg übernahm er ein chemisches Laboratorium in Basel. Hier hat er zahllose Mengen von Rauschgift hergestellt und vertrieben oder aus anderen Quellen bezogen und weiterverkauft. Die Geschichte kam auf Tapferkeit, als im Oktober des Jahres 1929 auf dem Dampfer "Eporea" in Genava die italienischen Behörden acht Kisten entdeckten, die statt des deklarierten Kaffees zehn Kilogramm Heroin im Werte von 100 000 R. enthielten. Der Adressat, ein Kaufmann in Kairo, verriet seinen Lieferanten; es war Dr. Müller. Die weiteren Ermittlungen führten zur Enttarnung und Verhaftung der Leiter des Gifthändlers.

Die Generaldirektoren

Hauptbetriebliege an diesem Welttrauf für Rauschgiftherstellung und Rauschgiftschmuggel - aber nicht Prospektbetriebliege - sind zwei dunkle, fast mystische Personen: ein Russe, Koffin mit Namen, der offiziell in Wien wohnt, aber fast nie dort zu werden ist, und ein Japaner, Maschano, der in Kōbe in Japan heimisch ist.

Nach den Feststellungen der Opiumpommision des Völkerbundes ist Koffin aller Wahrscheinlichkeit nach Generaldirektor des Verkehrs von Rauschgift nach Europa und Amerika. Er besitzt eine eigene chemische Fabrik im Elsass und verfügt außerdem über Anteile an der chemischen Produktion drogenherstellender Länder Europas. Er war es auch, der die Verbindung mit dem Chemiker Dr. Fritz Müller herstellte, der sich jetzt in Basel verheimlicht hat. Von Müller aus wiederum liefen die Fäden des Rauschgiftschmuggels zur Hamburgerischen Tamara-Danbels-Gesellschaft, die die verbotene Frucht nach USA beförderte.

Der Japaner Maschano beherrschte den gesamten Rauschgiftschmuggel nach Ostafrika. In China, Japan, Indien, Persien, Indochina, in der Mongolei gibt es keine Postämter, in der nicht seine Agenten sitzen und Rauschgift vertrieben. In Japan sind sogar besondere Vertriebsorganisationen von ihm unterhalten worden, die Schlepptouristen für die Rauschgiftschmuggel liefen mußten. Den Transport nach Ostafrika versorgte der Japaner mit selbsthergestelltem Material. Soweit bisher festgestellt werden konnte, besitzt er an der türkischen Küste drei große Kokainfabriken, in denen alle Rohstoffe erzeugt werden, die für den Rauschgiftschmuggel notwendig sind. Man schätzt, daß er allein nach dem Orient jährlich etwa 5000 Kilogramm Morphium und 9000 Kilogramm Heroin liefert. Die tatsächliche Menge der von ihm hergestellten Rauschgiftstoffe ist um ein Vielfaches höher, da auch europäische und amerikanische Rauschgiftschmuggler einen wesentlichen Teil ihrer Drogen von ihm beziehen.

Das Geschäft des Kommissars

Die Schmuggelorganisationen des Welttraufs für Rauschgiftschmuggel arbeiten mit den raffiniertesten und unlaublichsten Mitteln. Der Oberkommissar für Palästina, selbst Mitglied des internationalen Komitees zur Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels, wurde vor einiger Zeit nach Haifa. Bei der Durchsichtigung seines Kofferwagens fanden Beamte in seinem Gepäck und in den Koffern seines Wagens erhebliche Mengen Kokain versteckt. Die Untersuchung ergab, daß in der Begleitmannschaft des Kommissars sich auch Rauschgiftschmuggler befanden, die seit Jahren diese alltägliche Gelegenheit ungehinderten Transportes der Giftdrogen nach Ägypten benutzten.

In einem anderen Falle beschlagnahmte man auf einem Dampfer in Marseille Schokolade. Man vermutete eine Sendung des Japaners Maschano. Es waren Säcke voller Kokain. Bei genauerer Untersuchung der Säcke stellte sich heraus, daß jede einzelne Kugel mit Opium gefüllt war.

Auf einer der Karawananstrafen, die sich vom Persischen Golf her ins Innere Afrikas ziehen, fiel vor einiger Zeit das besondere Gebot der Fernreise auf. Sie kauften in den Karawanenstädten als religiöse Opfer aus der Sekte der Feueranbetere. Als man ihr lumpenhaftes Gepäck durchsuchte, wurden beträchtliche Mengen Rauschgift gefunden, die auf diese Art und Weise tief nach Ägypten hinein verfrachtet wurden. Der Japaner konnte sich nichthaft keine besseren Schmuggelwege für den Orient aufsuchen, als diese Karawanenstädte, die überall in Ägypten Zutritt haben und auf diesem Wege unbeobachtet die Drogen verteilen konnten.

4000 verurteilte Heroinisten

Besonders bedauernd hat sich die Wirkung des Rauschgiftes in Ägypten gezeigt. Die giftigen Drogen werden durch die Einmischung eingeschmuggelt. In diesem weiten Gebiete ist der Schmuggel kaum zu bekämpfen und so kommt es, daß der Rauschgiftschmuggel in Ägypten seine tollsten Wurzeln treibt. Allein im vergangenen Jahre sind Ägypten 1200 Kilogramm Heroin beschlagnahmt worden. Die Behörden schätzen selbst, daß die Einfuhr an Rauschgiftstoffen jährlich mehr denn 10 000 Kilogramm beträgt. Von den 13 Millionen Einwohnern des Landes ist nach amtlicher Schätzung etwa eine halbe Million Menschen den Rauschgiftstoffen verfallen. Die ägyptischen Gesetze ermöglichen ein scharfes Vorgehen gegen die Verbraucher giftiger Drogen. Im Jahre 1929 wurden allein vier-

tausend Personen wegen Rauschgiftkonsums abgerichtet. Aber trotz den drakonischen Maßnahmen der Regierung greift das Raster immer weiter um sich, nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder sind schon davon befallen.

Trotz genauer Kenntnis der internationalen Organisation der Rauschgiftschmuggler war bisher eine wirksame Bekämpfung kaum möglich. Die türkische Regierung erklärte sich auf der Hand, die Produktion des japanischen Kokain zu schmelzen. Der Schmuggel an der Kleinasiatischen Küste wird mit der besonderen geographischen Beschaffenheit des Rassenstriches in Zusammenhang gebracht. Der Hauptgrund aber wird darin liegen, daß an der Herstellung des Kokains größere Kreise beteiligt sind und daß diese Produktion eine wesentliche Einnahmequelle einflussreicher Persönlichkeiten darstellt.

In Basel hat sich ein wichtiger Verbindungsmann internationaler Rauschgiftschmuggler zu verantworten. Aber die wirklichen Drahtzieher dieser ganzen Organisation stehen hinter der Gerichtsfant. Sie sind in Sicherheit. Man spricht von ihnen - aber man spricht nicht ihr Urteil.

Quitt

ROMAN
VON THEODOR FONTANE

Aber es haut eben jeder über die Schnur, Sie und ich und natürlich auch ein Hörner. Und ist auch nicht so schlimm, wenn einer nur jenseitig brav und fröhlich ist. Und das ist Opiz, und auch gar nicht so hart wie die Leute glauben, und wenn man ihn nur zu nehmen weiß und ihm seine Ehre gibt, darauf hält er und darauf muß er halten, so läßt sich ganz gut mit ihm leben, und ist auch nicht so gefährlich und unvorhersehbar, wie mancher meint, wovon ich mich erst gestern wieder überzeugen konnte. . . .

„Hörst du, Lehnert, hörst du? Das ist es ja, was ich auch immer sage. Der Hörner ist doch eine Obrigkeit, und die Obrigkeit ist von Gott. Ja, das haben Sie gepredigt, Herr Prediger, und das vergeh ich nicht wieder. Opiz ist Obrigkeit und ein guter Mann und steht eigentlich in Gottes Namen da. . . .

„Ach, Mutter, rede doch nicht solchen Unsinn. Er ist bei dem Grafen im Dienst und für den sieht er da. So was darfst du nicht sagen, und am wenigsten, wenn der Herr Pastor da ist, das ist ja die reine Gotteslästerung. Und du sagst es auch bloß alles so hin und weißt nicht recht, daß er nicht anders ist als du und ich und vielleicht noch ein bisschen schlechter. . . .

Siebenhaar nahm Lehnerts Hand und lächelte: „Macht dich nicht so ereifern, Lehnert. Die Mutter sagt es bloß, weil sie den ewigen Streit nicht will und sich ängstigt und Ruh und Frieden und gute Nachbarschaft haben möchte. Treff ich's? Sage selbst. . . .

„Und weil ihr alles gleich ist, Herr Pastor, wenn sie nur ihren Vorteil hat. Das ist es. Und wenn sie drüber ein wenig mehr wissen, wo sie mit hin wollen, dann ist sie gleich bei der Hand und will sich's schenken lassen. Ich will aber nichts Geduldetes haben und aus dem Haus da, und wenn es denn durchaus ein Reh oder ein Rehweib sein soll. . . .

„Dann weißt du, wo du's herinnimmst. . . . Ja, Lehnert, das ist es eben, und darüber sagt Opiz und über deinen Trost, der das Verbotene nicht bloß tut, sondern sich's auch noch berüht. Wie viele Male hab ich dir das schon vorhalten müssen. Er ist neulich wieder. Ist es nicht so? Du schweigst. . . . Sieh, ich bin gestern mit ihm eine halbe Stunde lang um die Friedenberger Waldwiese herumgegangen und hab ihn beobachtet, nicht alles sehen und nicht alles hören zu wollen, und das ihm Vorstellungen gemacht und ihm ins Gewissen geredet. Und ich kann dir sagen, wörtlich sagen oder doch so gut wie wörtlich, was ich ihm bei der Gelegenheit alles gesagt habe. . . . Lehen Sie, Opiz', so hab ich ihm gesagt. Sie reden immer von Recht und Ordnung? Das sind alles sehr schöne Sachen, und doch ist es mit Recht und Ordnung gerade so wie mit Justiz und Sittlichkeit.“

Lehnert nickte. „Wie mit Justiz und Sittlichkeit. Die sollen sein. Gewiss, Justiz und Sittlichkeit sollen sein; wer will das bestreiten? Und wenn ich dann im Unterirdischen und zuletzt noch mal am Eingangsstange den jungen Dingen zurede, daß sie sich gut halten sollen, dann tu ich das nicht bloß, um was zu sagen, dann tu ich es auch weil mir's mein Herz so vorkommt, und weil ich weiß, was ein guter Wandel nicht bloß vor Gott, sondern auch vor den Menschen bedeutet und daß Glück und Unglück daran hängt. Na, Opiz', so hab ich ihm gesagt. Ich bin für Justiz

und Sittlichkeit. Aber wenn's dann nachher anders geht und wenn eine Braut vor den Altar tritt mit einem Knecht, und der ihr eigentlich nicht zuzufahren, dann nehm ich ihr den Stranz nicht aus dem Haar und fahre nicht mit Feuer und Schwefel drein und sprech' auch nicht von ewiger Verdammnis und verzichte darauf, aus der Altartafel, darauf das arme Ding fahel, eine Armenhändlerbank zu machen. Ich verzichte darauf, sag' ich, und tue sie beide zusammen und empfehle sie in meinen Worten und vor allem auch in meinem Verlangen der Gnade Gottes. Ich will nicht wissen, was ich weiß, und will die Kirchenzucht nicht üben, trotzdem ich sie wohl üben dürfte, ja, wie die Strengen meinen, auch wohl üben sollte. Und leben Sie, Opiz, wie's in der Kirche ist, so ist es auch im Wald. Sie müssen der Armut was nachsehen und nicht bloß dem Geleite nichts vergeben, sondern auch der Liebe nichts vergeben. Es ist eine Täuschung, wenn wir uns immer und ewig auf unser Amt und unsere Pflicht oder gar auf unseren Schwur und unser Gewissen berufen. Das meiste was wir tun, tun wir doch aus unserer Natur heraus, aus Reizung und Willen. . . .

Die Alte, während der Prediger so sprach, hatte mit gefalteten Händen dagehessen und allerlei vor sich hingemurmelt, wie um ihre Andacht zu bezeugen. Aber auch auf Lehnert waren die Worte nicht ohne Einfluß geblieben, denn er war flug genug, nicht bloß das herauszuhören, was sich gegen Opiz richtete. Siebenhaar, der wohl sehen mochte, was in ihm vorging, hütete sich, durch eine Zwischenbemerkung zu führen. Und so verging eine geraume Weile. Dann erst nahm Lehnert feinerseits das Wort wieder und sagte: „Und was sagte da Opiz, Herr Pastor? Ich weiß von Christine. . . .“

„. . . daß er einen hochfahrenden Sinn hat und sich in dem, was seines Amtes ist, nicht gern dreinreden läßt. Ja, so heißt es von ihm, und wird wohl auch seine Richtigkeit damit haben. Doch es kommt doch auch darauf an, wer mit ihm spricht, und vor allem, wie man mit ihm spricht, und ich hab' ihn gestern als einen christlichen Mann gefunden, das heißt als einen Mann, der vergeben kann, weil er fühlt, daß er selber der Vergebung bedürftig ist. So wenigstens schien es mir, als ich ihm noch den Augen sah, und war mir fast, als ob ich eine Träne darin gesehen hätte.“

Lehnert lächelte. „Wohl, wohl. Wenn er unter Wein ist, ist ihm immer das Weinen nah. Das kenn' ich. Aber es hält nicht lange vor, und von gestern auf heute wird er sich wieder anders bekommen haben.“

„Kann sein, Lehnert, aber es ist nicht wahrscheinlich. Und unter allen Umständen mußt du vorläufig an seine Verbittlichkeit glauben und dein Verlangen danach einrichten. Du hast es mir versprochen, neulich schon, und ich könnte dich beim Worte nehmen. Aber ich will es nicht. Ich will es nach allem, was er mir gestern gesagt hat, aufs neue von dir hören und, wenn es sein kann, aus einem freudigeren Herzen und einem festeren Entschluß. . . .“

„Ich geh' ihm aus dem Wege.“

„Das ist nicht genug, Lehnert. Das verlagst den Streit bloß, aber schaffst ihn nicht aus der Welt, und der nächste Wind, der sich wieder zusammenweht, bläst auch die Flamme wieder an. Damit schließt man keinen Frieden, daß man sich aus dem Wege geht, das ist äußerlich und auf die Dauer einfach unausführbar. Hier muß es anfangen und hier. Herz und Einsicht müssen dazu zwingen. Und ist erst der gute Wille gewonnen, dann ist alles gewonnen. Den seinen hab' ich. . . .“

„Und den meinen auch“, sagte Lehnert in plötzlicher, beinahe freudiger Erregtheit. Und dabei nahm er des Alten Hand, um sie dankbar zu küssen. „Ich will tun, was ich kann. Ich will die Koppe vor ihm stehen, immer zuerst, und will kein Schmoßfeuer mehr machen, wenn drüben das Leingewege an der Leine hängt, und will das Wehr so stellen, daß das Wasser bei mir übertritt und nicht bei ihm, und wenn mir's auch einen halben Morgen Kartoffelland kostet. Und wenn keine Diana mir nach den Weinen fährt, so will ich den Stroh bloß leise nach hinten halten, wie die Bettler und Strohmänner tun, und will nicht mehr nach der Weste schlagen. Und was die Hauptsache ist, ich will den Mund halten und nicht mehr mit den andern auf ihn schellen und schimpfen und will aufhören, ihn einen Weidhummel zu nennen und die Geschichte von dem Kreuz immer und immer wieder aufzuspielen. Was vielleicht ohnehin das Klügste ist, denn man soll nicht immer von seinen Heldentaten sprechen, worüber die Leute doch bloß lachen. . . .“

Beschreibung folgt.

Willins Haslo

Nachdem der Versuch des Amerikaners Sir Hubert Willins, den Nordpol im N-Ost unter dem Eis zu erreichen, als vollkommen gescheitert betrachtet werden mußte, ist das Schiff, das während seiner harten Fahrt zahllose Gefahren durchmachte, vor der norwegischen Küste verbleibt worden.



Die Besatzung des amerikanischen Schiffes Sir Hubert Willins, das den Nordpol im N-Ost unter dem Eis zu erreichen versuchte, ist vor der norwegischen Küste verbleibt worden.

Gewerkschaftliches

Innungs-„Politik“

Der Verband Sächsischer Tischlerinnungen und die Dresdner Tischlergewerkschaft weisen ihre Mitglieder an, erneut einen Lohnabbau und eine Mäßigung der an sich schon geringen Kostgebühren für die Lehrlinge durchzuführen. Außerdem sollen durch Einzelarbeitsverträge die bisherigen vertraglichen Arbeitsverhältnisse beseitigt und durch schriftliche Erklärung die Verlängerung der Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus angesetzt werden.

Diese Maßnahmen sind durch nichts begründeten Anweisungen erfolgen in einer Zeit, in der die übergrößen Zahl der Innungsbetriebe überhaupt keine Arbeiter beschäftigen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Führer der Innungen etwa durch weiteren Lohnraub erhoffen, das Handwerk zu heben. Schon im Frühjahr haben sie in diskretionärer Weise einen Lohnabbau angeordnet. Das Ergebnis ist, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten in diesen Betrieben weiter zurückgegangen sind.

Betriebe, wo noch eine nennenswerte Anzahl Arbeiter beschäftigt sind, haben es vorzuziehen, sich mit ihren Arbeitern auf der Linie der Lohnsenkung im Reichsdurchschnitt zu verständigen. Die Maßnahmen der Innungen können nur dazu führen, die Lohnsenkungen in ihren eigenen Reihen noch weiter zu fördern und insbesondere den Lehrlingsmangel durch Abbau der Kostgebühren weitere Ausbreitungsmöglichkeiten zu geben.

Es ist deshalb notwendig, daß auch die Öffentlichkeit Kenntnis von dieser Konjunkturpolitik der Innungen erhält. Etwaige öffentliche Vorwürfe in einzelnen Betrieben können auch nicht als Vorläufer für Aktionen im Sinne der Verbandsbedingungen angesehen werden.

Schiffer in Not

Wenn Unternehmer „sozial“ werden

Die Rheinisch-Westfälische Rheinische Schifffahrtsgesellschaft hat einige ihrer Mitarbeiterinnen an ihre älteren Schiffer vermittelt. Die Unternehmerrichte ist darüber ganz gerührt. Sie rühmt das soziale Verhalten der Firma. Die Schiffer hätten nun wieder Arbeit erhalten und die Existenzsicherung werde erleichtert.

Das Verhalten dabei macht die Reedererei, wie die Unternehmer ja immer verdienen, wenn sie sozial sein wollen. Die Firma hat als Mitglied des Reichsverbandes eine Transportquote in der Bergfahrt. Dagegen hat sie so gut wie gar keine Zehnfahrt. Nicht vermerkt sie den 1930-Tonsatz für 19 M. den Tag. Der Schiffer ist verpflichtet, Bergfahrt nur von der Firma Daniel zu nehmen. Dagegen kann er sich selbst, der so plötzlich „selbständig“ gewordenen Schiffer ist also in seiner Gewerkschaft nicht eingeschrieben. Für die Bergfahrt zahlt Daniel die übliche Fracht an den Schiffer, also heute rund 1 M. Daniel selbst erhält jedoch 250 M. für eine 1930-Tons-Verladung erhält er also 8250 M., wovon er dem Schiffer 1200 M. abgibt. Daniel verdient also für nichts und wieder nichts an jeder Bergfahrt 1650 M. Wenn das nicht „sozial“ ist!

Alle haben gehen auf Kosten des Schiffer. Er muß sogar Samorei und sonstige Reparaturkosten bis zu 50 M. tragen. Durch das neue Abnahmeverbot soll ein Druck auf die Frachten erfolgen, wenn je weniger Daniel den Schiffern an Fracht zu zahlen braucht, um so höher wird sein Heberlohn. Hält das Wasser, d. h. können die Schiffe nicht mehr voll laden, wird die Nachfrage nach Schiffern sinken und die Fracht dadurch die Tagesfracht — nun für diesen Fall ist bereits von der Firma vorgesehrt. Sie hat jetzt die Fracht gekündigt und will die Tagesmiete erhöhen. Wer gewiß nun noch an dem „sozialen Verhalten“ der Firma?

Weiter ist die Not so groß, daß die Schiffer noch jedem Strohhalm greifen. Es sind vor allem Leute mit Familienanhang genommen worden, so daß Wohlstand nicht eingestrichelt werden. Der Tarifvertrag geht dabei vor die Hunde — aber auch die Sicherheit auf dem Rhein.

Das Ganze ist ein erschütternder Beitrag zur Notlage der Rheinisch-Westfälischen Schifffahrt. Diese Notlage wäre ein geeigneter Verhandlungsgegenstand für das deutsch-französische Wirtschaftskomitee. Mit der Schifffahrt soll sich das Komitee beschäftigen. Es ließe die Bedeutung der wasserwirtschaftlichen Rheinisch-Westfälischen Schifffahrt erkennen, wenn die Not am Rhein übersehen würde.

Die Reform der Sozialversicherung steht vor der Tür. Wenn die Reformvorläufe der Regierung veröffentlicht werden, wird ein neuer Kampf für und gegen die Sozialpolitik entzünden. Eine fachliche Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Berechtigung und Bedeutung der Sozialversicherung und der Sozialpolitik im allgemeinen ist notwendig. Zu befragen ist dabei ein soeben im Berliner Hansfunk gehaltenen Vortrag von Regierungsrat Dr. C.

Geschäftliches

Der Sächsische Bauernverband hat für den Dezember 1931 eine neue deutsche Bauernkarte herausgegeben. Diese Karte enthält die Namen aller Bauern in Sachsen und ist für den Bauern ein wertvolles Hilfsmittel. Die Karte ist in drei Sprachen (deutsch, polnisch, russisch) herausgegeben und kostet nur 1 Mark. Sie ist bei allen Bauernvereinen zu bekommen.

Kuchen und Konditorei- Waren



KVP in vorzüglicher Beschaffenheit
aus dem **Konsumverein**

VORWÄRTS

Bestellungen nehmen alle unsere Lebensmittel-Verteilungsstellen entgegen. Abgabe nur an Mitglieder.

Manie über das Thema „Zahlen als Fundament der Sozialpolitik“. Die Zahlen, die Manie vorbringt, sind Zahlen der Not, Zahlen, die für sich sprechen. Auch andere Sender sollten diese Vorzüge ihren Hörern zur Kenntnis bringen.

Die Lohnverhandlungen für die Eisenindustrie Nordwest und den Ruhrbergbau werden am kommenden Donnerstag fortgesetzt.

Die Anwerbung der Streikbrecher für die holländische Textilfirma Jannink & Coon in Enschede erfolgt hauptsächlich in Gildeshaus und Embetten. Die Bürgermeister dieser Orte erklärten den Vertretern der holländischen Streikenden Textilarbeiter, daß die Streikbrecher sich nur aus Not hätten anwerben lassen. Außerdem habe die Firma Jannink den Streikbrechern künftige Beschäftigung in Aussicht gestellt.

Ein Zusammenbruch des Streiks muß auch für das benachbarte deutsche Textilgebiet Rückwirkungen haben. Vor Zug deutscher Arbeitskräfte in das Streikgebiet sei daher von neuem dringend gewarnt.

Zentralverband der Metzereien, Donnerstag, den 26. November, abends 7.30 Uhr. Hauptversammlung. Redner: Dr. G. H. K. anwesende im Cigarrenbüro, Markstraße 1, 8.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Dresden

Gesellschaft. Mittwoch, den 25. November, abends 7.30 Uhr, im Sitzungssaal des KVO, Schützenplatz 14, 1. Es können sich noch neue Mitglieder melden.

Wohnung, Oberstraße! Die zeitlichen Aufnahmen sind umzuziehen abzugeben.

Metallarbeiterjugend

7. Bezirk. Mittwoch, den 25. November, abends 7.30 Uhr, im Sitzungssaal des KVO, Schützenplatz 14, 1. Ober- und Geflügel, Freitagabend (Kolleg Gähler).

Danzarbeiterjugend

Bezirk Schönfeld. Mittwoch, den 25. November, abends 7.30 Uhr, im Restaurant Zehle, Ode, Maderau, Bahnhofsstraße, 1. Teilung über wichtige Tagesfragen. Redner: Kolleg Lampe.

Leistungsgewerkschaften

Mittwoch, den 26. November, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, Markt 1. Es muß ein Lesevortrag enthalten! (Kolleg Georg Schmidt.)

Beizeffakt

Konferenz Nr. 12. Reichsverband. E. H. Kaufmann. 4350 M. waren am 26. Februar 1931 — 233,96 M. 1257 M. waren am 2. September 1931 — 55,82 M.

Gesunde Konsumgenossenschaftliche Fundamente

Die 17. ordentliche Vertreterversammlung des Konsumvereins Nordost für Dresden und Umgegend, z. B. M. S. K., tagte am 18. November 1931 im Reichshaus in Dresden. Anwesend waren 517 Vertreter. Die Verhandlungen leitete der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Genosse Vertboldt. Den Bericht über das am 30. Juni zu Ende gegangene 43. Betriebsjahr erstattete der Geschäftsführer Hoffmann. Aus dem Bericht haben wir hervorzuheben:

Die außerordentlich starke Schwächung der Kaufkraft hat ein Drittel der Mitglieder und die scharfe Senkung der Warenpreise hat die Umsatzergebnisse der Genossenschaft ungünstig beeinflusst. Der Gesamtumsatz verringerte sich dementsprechend von 55,2 auf 46,2 Millionen Mark.

Der mengenmäßige Umsatzzuwachs ist unbedeutend.

Es wurde eine große Abwanderung von den hochwertigen und deshalb teureren zu den geringwertigen und entsprechend billigeren Warengruppen beobachtet. Der Anteil der Lebensmittel, einschließlich Brot, Fleisch und Milch, am Gesamtumsatz ist im Steigen begriffen. Der Anteil Umsatz in Textil-, Schuhwaren und Hausrat geht zurück. Das ist eine bekannte Erscheinung bei allen Wirtschaftskrisen.

Das Fundament der Genossenschaft sind die Mitglieder. In der Berichtszeit hat fast die gleiche Anzahl Mitglieder beibehalten, entnommen wie im Vorjahr und damit der Genossenschaft erneut der Vertrauen bezeugt. Die neue Preispolitik arbeitete verhältnismäßig gut. Der Umsatz in Fleisch- und Wurstwaren ist noch steigend geblieben. Die Güte der hergestellten Erzeugnisse wird allgemein anerkannt, ebenso die günstige Preisbildung.

Die Sparkasse des Konsumvereins Nordost genügt das volle Vertrauen der Mitglieder. Nach der letzten Verabschiedung des Vorstandes ist die Kasse ununterbrochen von einer neuen Inflation unbedrängt. Das Geld wird durch das Abheben von der Sparkasse und dem Aufheben im Laufe der Zeit durch Käufe stärker erweitert, als bei der sicheren Anlage in einer Sparkasse. Zu Hause kann das Geld auch leicht durch einen unglücklichen Zufall vernichtet werden, aber der Zeitpunkt für Raub, Mord und Diebstahl sein. Seit dem 1. Januar 1931 sind erheblich mehr Rückzahlungen als Einzahlungen erfolgt.

Die Genossenschaft hat allen Anforderungen entsprechen und außerdem 24 Millionen Mark für die Auszahlung der Rückvergütung bereitstellen können, ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Das ist der beste Beweis für die starke Finanzkraft der Genossenschaft.

Sehr lobend wirken sich die Roterordnungen, insbesondere das Preisgesetz, auf die Warenherstellung aus. Der Preispolitik Schiele ist es zu danken, daß die deutschen Woll- und Seidenpreise etwa dreimal so hoch sind wie die des Weltmarktes. Wenn die Preise für die Rohstoffe steigen, muß wohl über die Roterordnungen folgen. Die starke Nachfrage nach freihendem Wert und

Beizeffekt in den Vorkriegsständen kann nicht in allen Fällen beizubringen werden.

Im Berichtsjahre waren 1,3 Millionen Mark Steuern zu zahlen. Das sind 2,8 Prozent des Umsatzes. Die Sonderumsatzsteuer, die den Konsumgenossenschaften mit mehr als einer Million Mark auferlegt worden ist, stellte sich für den Konsumverein Nordost auf 225.000 M. Die Einzelhandelsgeschäfte dürfen den vollen Rabatt als Umlaufvermögen einziehen; die Konsumvereine dagegen nur 5 Prozent der Rückvergütung in Ansatz bringen. Die über 5 Prozent hinausgehende Rückvergütung wird als Nebenbeitrag angesehen, von dem 10 Prozent an Gewerbesteuer abgezogen sind. Die ungenutzte Steuerbedeutung der Konsumgenossenschaften ist demnach fortgesetzt worden.

Die Zukunft ist mit diesen Schleiern verhangen. Die katastrophale Lage des Reiches und der deutschen Wirtschaft läßt wenig Hoffnung auf eine baldige Besserung der Wirtschaftslage aufkommen. Die Zusammenbrüche angelegener Privatfirmen legen einen fürchterlichen Schatten auf Korruption, Schleichung und Verwahrlosung. Der Anteil der den Interessen der Wirtschaftlichen und Provinzialblätter ein reiches Feld der Betätigung zur Kritik an der herrschenden Wirtschaftsordnung geboten, wenn sie nicht ihre Aufgabe darin erblickten, täglich neue Schmutzblätter über die Konsumgenossenschaften auszugeben.

Die deutschen Konsumgenossenschaften werden, gestützt auf einen einflussreichen Wirtschaftskreis, die ungenutzten Einflüsse dieser schweren Zeit mit Hilfe der vielen amtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter im Interesse der Verbraucher überwinden. Der Bericht des Aufsichtsrates erstattete Genosse Vertboldt. Der Aufsichtsrat hat fleißig gearbeitet und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen die Maßnahmen der Wirtschaftsführung in allen Teilen überwacht. Die einzelnen Aufsichtsräte waren sehr fleißig beschäftigt. Mit gewohnter Sorgfalt sind von dem Prüfungsausschuß alle Belege geprüft worden, ohne daß wesentliche Beanstandungen zu machen waren.

Am Anschlag an diesen Bericht beauftragte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Genosse Gader, die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes. Das wird einstimmig beschlossen, ebenso die Überweisung des Reinertrags an die Hauptversammlung.

Am Anschlag an diesen Bericht beauftragte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Genosse Gader, die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes. Das wird einstimmig beschlossen, ebenso die Überweisung des Reinertrags an die Hauptversammlung.

Am Anschlag an diesen Bericht beauftragte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Genosse Gader, die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes. Das wird einstimmig beschlossen, ebenso die Überweisung des Reinertrags an die Hauptversammlung.

Hunde- und Katzenbesitzer!

Benutzt die Herdrücklichen Sprechstunden des Allen Tierärztlichen Vereins in Dresden! Auguststraße 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Möbeltransporte

Wohnwagen

Buppenwagen

Sie erreichen Ihren Zweck

auch durch die Kleben in der Dresden Volkszeitung erscheinendes Inserat

3 TAGE RESTE UND ABSCHNITTE



wie immer unglaublich billig!

Eisen-Mengen Seiden- und Wollstoff-Reste, Waschoff- und Inlett-Reste, Gardinen- und Dekorationsstoff-Reste, Spitzen-, Sticker- und Band-Reste bringen wir

Mittwoch - Donnerstag - Freitag

auf Extra-Tischen im Lichthof zum Verkauf. Der Andrang wird wieder sehr gross werden, kommen Sie daher möglichst schon vormittags!

HERMANN

Nr. 274

Land Land Land

Ropflos Die Angst vor

Sie waren im Sächsischen Land ein murrstimmiges Volk, aber in der Zeit der Not haben sie sich in die Hände der Staatsspartei gegeben. Die Partei hat sie in die Hände der Staatsspartei gegeben. Die Partei hat sie in die Hände der Staatsspartei gegeben.

Das ganze Land ist tief in der Not. Die Partei hat sie in die Hände der Staatsspartei gegeben. Die Partei hat sie in die Hände der Staatsspartei gegeben.

Die Partei hat sie in die Hände der Staatsspartei gegeben. Die Partei hat sie in die Hände der Staatsspartei gegeben.